

MUT



Magazin
für Lösungen
№ 09/2024

Unabhängig.
Kritisch.
Konstruktiv.

Lasst uns miteinander reden

*Die Bundesrepublik ist unser gemeinsames
Erfolgsprojekt, meint der Kabarettist Gerhard Polt.
Auch wenn nicht immer alles rund läuft*

Liebe Leserinnen und Leser,

OLYMP



Boris Herrmann
Profisegler, Klimaschützer und
Botschafter von OLYMP Green Choice

Foto: Rainer Kwirotek; Titelfoto: Julian Baumann



Uschi Entenmann
Chefredakteurin

20 Tageszeitungen legen unser MUT-Magazin bei. Deren Interesse zeigt, wie groß das Bedürfnis nach Orientierung ist. Denn in MUT prangern wir nicht nur Missstände an und lassen dann die Leser und Leserinnen alleine. Wir suchen nach Antworten und Perspektiven. Unsere Autorinnen und Fotografen eint die Neugier auf spannende Themen und die Leidenschaft der Recherche. MUT soll Mut machen.

Anfang dieses Jahres deckte das Correctiv-Netzwerk ein Treffen auf, bei dem AfD-Funktionäre zusammen mit Rechtsextremen darüber sprachen, Millionen Menschen aus unserem Land zu vertreiben. Es folgte eine landesweite Empörung. Hans-Olaf Henkel, ehemaliger Vize-Vorsitzender der AfD, sagt schon seit Jahren: „Wir haben ein Monster erschaffen.“ Wenig später wurde das Monster bei den Kommunalwahlen in den ostdeutschen Bundesländern stärkste Kraft. Eine aktuelle Forsa-Studie des Deutschen Beamtenbundes ergab, dass 70 Prozent der Befragten meinen, unser Staat versagt.

Haben sie recht? Für unser aktuelles MUT-Magazin begleiten wir sechs Menschen zeitgleich in der letzten Juni-Woche dieses Jahres – durch ihre Arbeit handelt der Staat. Ob Chefarzt oder Richterin, Oberbürgermeisterin oder Bundestagsabgeordneter, Rektor oder Sozialarbeiterin, sie alle eint der Wille, unserem Gemeinwohl zu dienen.

Kabarett-Legende Gerhard Polt, der die Stimme des Volkes so authentisch und urkomisch zu Wort kommen lässt, schlägt im Interview eine Lösung für den Konflikt zwischen „denen da oben“ und „uns da unten“ vor: miteinander reden. Es brauche Transparenz, Nähe und Humor. Ohne Humor, so sagt er, sei Demokratie nicht denkbar, Humor mache immun gegen Radikalismus, könne „Kitt der Gesellschaft“ sein. Und über schwierige Situationen hinweghelfen, trösten und ablenken.

Der Politikwissenschaftler Dominik Hierlemann stimmt ihm zu. Er forscht an neuen Formen der Bürgerbeteiligung, die in Irland, Frankreich und Ostbelgien zu erstaunlichen Ergebnissen geführt haben. Er erklärt sie an einem Beispiel des „Bürger-Demokratie-Experiments“, bei dem vor ein paar Jahren 99 per Los ausgewählte Iren eine wichtige politische Entscheidung anstoßen sollten. Das Thema, ein rotes Tuch im erzkatholischen Irland: gleichgeschlechtliche Ehen zu legalisieren. Entsprechend hitzig spielte sich die Kontroverse zwischen Gegnern und Befürwortern ab. Doch am Ende stimmte die Mehrheit für die „Homo“-Ehe. Ihre abgewogene, von Fakten gestützte Empfehlung bewog das Parlament, das Verbot aus der Verfassung zu streichen.

„Neue Gesprächsräume sind auch in Deutschland wichtiger denn je“, sagt Hierlemann im Interview. „Vor allem, wenn das Vertrauen in politische Institutionen nachlässt.“

Lassen Sie uns also öfter miteinander reden – und dann und wann auch miteinander lachen.

Ihre
Uschi Entenmann



06

Als Kabarettist setzt sich der bayerische Altmeister Gerhard Polt immer noch gern zwischen alle Stühle. Das muss er auch, denn er will schließlich nicht bequem werden.



14

Eine Kahnfahrt durch den Spreewald ist für Touristen ein Muss! Man treibe „auf verschlungenen Fließeln“, so werben Bootsanbieter. Auf „bedrohten Biotopen“, sagen die Politiker, die sie beschützen.

06 „Lasst uns miteinander reden“

Wir wollten wissen, was einer denkt, der sich sein ganzes Leben schon mit uns Deutschen beschäftigt. Was läuft hier schief? Uschi Entenmann und Tilman Wörtz haben Gerhard Polt besucht und nachgefragt

10 Mit mir kein Deutschland-Bashing

Es heißt „Die Klage ist des Kaufmanns Gruß“. Aber in letzter Zeit klagten die Unternehmer und Wirtschaftsbosse ein bisschen zu viel – über die Politiker. Findet Anton Hunger

12 Das Erfolgsgeheimnis unserer Republik

Der Bundestag hat 733 Abgeordnete. Im ganzen Land aber gibt es unzählige Frauen und Männer, die für das Wohlergehen der Republik streiten, kämpfen und arbeiten. Wir haben sechs von ihnen begleitet.



28

Fotos: Julian Baumann; Sascha Montag; Christoph Püschner; picture alliance/dpa/Reuters/Pool

Mariam Kassem ist Streetworkerin. Das bedeutet, dass sie zu Fuß viele Kilometer zurücklegt, um mit den Menschen in Kontakt zu kommen, die ihre Hilfe gut gebrauchen können. Junkies zum Beispiel oder Obdachlose.

40 „Demokratie braucht Vertrauen“

Es gibt nie nur einen Weg, um erfolgreich zu sein. Dominik Hierlemann zeigt uns, wie die EU-Nachbarn Irland, Belgien und Frankreich mit Bürgerräten für mehr Engagement, Durchblick und Demokratie sorgen

41 Berühmte Bürgerräte

Verfassung ändern, Emissionen senken, Wohnraum schaffen. In Deutschlands Nachbarländern entscheiden über solch wichtige Themen die Bürger – in Ratssitzungen.

42 So funktioniert unsere Republik

Eigentlich muss man nur fünf Punkte parat haben, wenn man gefragt wird, nach welchen Regeln das Land läuft. Aber wer hat das schon? Hier ein bisschen Nachhilfe in Staatskunde.



44

Bilaterale Gespräche auf Chef-ebene – ganz wichtig in der Politik! Hier plaudern Kanzler Olaf Scholz und Präsident Emmanuel Macron über Deutsch-Französisches an einer Hamburger Fischbude.

43 Vereine als Werkstätten der Demokratie

Demokratiebildung könnte so leicht sein, sagt Rolf Ahlrichs. Denn Kinder und Jugendliche lernen schnell, wie sie ihre Lebenswelt mitgestalten können – in Vereinen. Man muss sie nur lassen.

44 Die und wir

Nennen Sie die Außenministerin auch manchmal „dieses Mädchen“? Unsere Kolumnistin lässt das nicht durchgehen: Verhandelt doch erst mal selbst mit Despoten – auf Englisch!

- 03 Editorial
- 46 Impressum
- 47 Partner



„Lasst uns miteinander reden“

Ein Gespräch mit dem Kabarettisten Gerhard Polt über eingebilddete und echte Probleme. Über die „Unschuld des Blödsinns“ und das gemeinsame Projekt „Bundesrepublik Deutschland“.

INTERVIEW **USCHI ENTENMANN UND TILMAN WÖRTZ**
FOTOS **HP HÖSL**

Fast wie im richtigen Leben: Gerhard Polt, 82, posiert gut behütet vor der traumhaften Kulisse des Schliersees. Wäre schon schön, wenn's überall auf der Welt so friedlich wäre.

Herr Polt, Sie schauen seit Jahrzehnten dem deutschen Volk aufs Maul. Woher kommt es, dass alle Welt über unsere Politiker meckert?

Ein Freund im Zillertal erzählte neulich, dass bei seinen Nachbarn ein Mercedes und ein BMW vor der Villa stehen, daneben der Vierrad-Antrieb vom Sohn. Und wenn du sie fragst, wie's geht, sagen sie: Also so kann's nicht weitergehen!

Der Lebensstandard ist für die meisten Deutschen trotz aller Krisen höher als je zuvor. Viele sehen dennoch ihren Wohlstand in Gefahr. Laut einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Deutschen Beamtenbundes versagt der Staat vor allem beim Thema Migration.

Es sind nicht nur Migranten. Es hat mit Überfüllung zu tun. Wir sind viele, an die der Kuchen verteilt wird. Ich steige in Schliersee-Neuhaus in den Zug und da sind fünf Leute. In Miesbach sind es schon 30 und in Holzkirchen ist der Zug voll. Die Angst um den Platz, der einem vielleicht weggenommen wird, spielt eine Rolle. Die Luft zum Atmen oder die Chance auf einen Arbeitsplatz. Hier ist es eng in den Städten. Ich versteh schon, dass die Grünen bei uns mehr Grün wollen. Aber das geht nicht so einfach in einer Stadt. Dazu kommt die Hitze, das Leben wird anstrengend, besonders für ältere Leute. Es ist nicht allein der Staat, der unzufrieden macht. Wo Menschen nicht so eng beieinander hocken, geht's weniger aggressiv zu. Das sieht man auch in Skandinavien. Schweden hat ja erheblich mehr Landfläche als Deutschland, aber nur zehn Millionen Einwohner. Dort sind die Leute weniger gereizt.

Verunsichert die Menschen nicht vielmehr, dass sich unser Wirtschaftsleben auf den ganzen Globus ausgeweitet hat und unser Leben beeinflusst wird von Faktoren jenseits der Landesgrenzen?

Ja, ich denke schon. Ich bin seit 80 Jahren in diesem Land geprägt worden und

merke: Die Erziehung hat sich geändert und mit ihr die öffentliche Moral. All die zivilisatorischen Wandlungen in den letzten 100 Jahren – Fernseher, Autos, vor allem der Krieg und die Globalisierung. Da kommen die Menschen kaum hinterher.

Ist es nicht die Aufgabe der Politik, diese Wandlungen mitzugestalten?

Diejenigen, die in den Sechzigern in die Politik gingen und den Krieg noch erlebt hatten, waren anders motiviert. Deren Tante hatte nichts zu fressen, der Opa war gefallen und der Onkel musste fliehen. Diese Menschen gingen mit einem anderen Bewusstsein in die Politik. Jürgen Habermas hat recht, wenn er sagt, dass Generationen, die Krieg und Nachkriegszeit nicht erlebt haben, anders denken.

Und vielleicht auch ein anderes Bewusstsein von Verantwortung haben?

Wir haben so viele Themen, aber nicht genug Tatkraft und nicht viele Visionäre. Man weiß seit Langem, wie viele Lehrer wir heute brauchen. Aber diese Botschaft scheint in den Länderparlamenten nicht angekommen zu sein. Bürgermeister sind näher dran. Kommunal funktioniert es noch eher als auf Bundesebene.

Sind die da oben zu weit weg und denken nur in Legislaturperioden?

Ich denke schon. Heute überlegt man sich doch eher: Mach ich Karriere in der Politik oder geh ich in die Wirtschaft?

Sie haben ja auch Politikwissenschaften studiert. Schon mal daran gedacht, in die Politik zu gehen?

Nicht eine Sekunde. Ich könnte das nicht. Und ich hab ja was anderes gefunden, was ich kann.

Und was muss ein Politiker können?

Es gibt den Satz: Feind, Todfeind, Parteifreund. Man muss sich als Politiker mit Menschen arrangieren, auch wenn man sie ablehnt. Oder wenn wir an den

„Es ist nicht allein der Staat, der unzufrieden macht. Es hat mit Überfüllung zu tun. Wir sind viele, an die der Kuchen verteilt wird.“

Konflikt in Nahost denken. Deutschland hat das Versprechen abgegeben, Israel zu helfen. Und wenn Netanjahu einen Krieg provoziert? Wenn du dein Land vertrittst, musst du vielleicht tun, was du eigentlich nicht willst. Du musst dich verbiegen. Andererseits: Das Schöne für jemanden wie mich ist, dass der Mensch paradox ist. Durch und durch.

Etwa so paradox wie Verschwörungstheoretiker während der Pandemie – darunter intelligenten Menschen, die wissenschaftlichen Argumenten skeptisch gegenüberstehen. Verstehen Sie deren Wut?

Ich tu mich schwer damit. Wenn sich jemand nicht impfen lassen will, ist das sein Problem. Aber wenn jemand aus Wut einen Sanitätswagen umkippt und auf die Sanitäter losgeht, da fehlt mir jedes Verständnis.

Aber solche Typen spielen Sie doch auf der Bühne.

Den, der am Stammtisch tönt. Aber nie den, der dem Pfleger eine reinhaut.

Können Sie sich in die Gedankenwelt eines AfD-Wählers versetzen?

Da muss man differenzieren. Das hat mit dem Werdegang der Menschen zu tun, sie fühlen sich unterbewertet. Viele sind für etwas, ohne zu wissen, für was sie wirklich sind. Das macht sie nicht unschuldig. Aber es ist eine gewisse Unschuld des Blödsinns, die sie auszeichnet.

Auch wenn sie Nazi-Parolen verwenden?

Mit dem Begriff würde ich aufpassen. Ein Nationalsozialist ist eine Erfindung aus dem 19. Jahrhundert, als behauptet wurde, der arische Mensch sei Germane, gehöre einer überlegenen Rasse an und alle anderen seien ihm unterzuordnen. →

Polt ist längst eine Legende, doch er beobachtet die Menschen in ihren komischen „Schlamasseln“ immer noch gern und ausgiebig. Auch vom Balkon des Schlierseer Bootsverleihs.



„Es ist gut, dass die Bundesrepublik gegründet wurde, und auch, dass sie föderal ist, denn ich bin Anhänger überschaubarer Einheiten.“

→ Die Rechtspopulisten bekamen im Osten die besten Ergebnisse. Gibt es die Hoffnung, dass die Deutschen in Ost und West wieder einen gemeinsamen Diskurs finden?

Ich hoffe, dass sich die Besserwisserei hier und das Aufhetzen dort bei vielen abschleift. Ich erinnere mich, als ich nach der Wende drüben war, fiel mir auf, wie die Leute die Treuhand kritisierten und damit pauschal den Westen. Stimmt, es gab diese Arroganz bei uns. Andererseits aber auch Renten und Solidaritätsbeiträge für sie. Ich habe mit Ungarn und Polen gesprochen, die sauer auf diese privilegierten Ostdeutschen waren. Wenn ich das Leipzig von heute mit dem von 1985 vergleiche – damals sahen die Häuser aus wie Ruinen, bei manchen wuchsen Birken aus dem ersten Stock, die ganze Stadt war finster. Und heute ist Leipzig eine blühen-

de Stadt. Ich war kein Anhänger von Kohl, aber da hat er einen Beitrag geleistet.

Sind Sie Anhänger von Olaf Scholz?

Ich bin überhaupt kein Anhänger, ich bin ein wechselhafter Mensch, ein Wechselwähler. Ich muss nicht entweder ... oder sagen. Manchmal gilt sowohl ... als auch.

70 Prozent der Menschen in Deutschland sagen, der Staat sei überfordert mit der Erfüllung seiner Aufgaben. Auch das ergab die Forsa-Umfrage. Sehen Sie das auch so?

Diese Unzufriedenheit ist oft ungenau. Ich kenn einen Bauern in Garmisch: Er soll für das Tierschutzgesetz die Auflage erfüllen, seinen Kühen mehr Platz im Stall zu schaffen. Sein Hof stammt aus dem 15. Jahrhundert, ist denkmalgeschützt, den kann er nicht umbauen. Er müsste aufhören. Und drei andere Bauern auch. Dann gibt's dort keine Almwirtschaft mehr, und die Kulturlandschaft ist im Arsch. Das ist ein konkreter Grund, unzufrieden zu sein. Wenn viele in der Gesellschaft unzufrieden sind, färbt es auf den Staat ab, sagte Immanuel Kant.

Offensichtlich sind es viele...

... diejenigen müssten mal mit einem dringenden Problem auf eine Behörde in einer italienischen Kleinstadt gehen.

Sie haben ein Haus in Italien und leben einen Teil des Jahres dort.

Genau. Da würden sie lernen, dass nicht alles auf Knopfdruck funktioniert. Die Frage ist: Was steht uns zu? Welche Ansprüche stellen wir und schauen wir uns auch mal um, wie es anderswo aussieht? Der Staat ist die Wirbelsäule im Körper. Wenn sie stabil ist, sorgt sie für aufrechten Gang. Wenn nicht, geht der Mensch gebeugt.

Ist sie in Deutschland stabil genug?

Das zu beurteilen traue ich mir nicht zu, da fehlt mir der Überblick. Es ist gut, dass die Bundesrepublik gegründet wurde, und auch, dass sie föderal ist, denn ich bin Anhänger überschaubarer Einheiten. Wir sind ein Volk mit mehr als 80 Millionen Einwohnern. Die kann man nicht regieren wie einen Kleinstaat im Format von Island mit seinen knapp 400.000 Menschen.

Wie können wir in Deutschland den Staat wieder als ein gemeinsames Projekt begreifen?

Miteinander reden. In Vereinen, bei der Feuerwehr, mit Politikern, aber auch innerhalb aller Strukturen und Hierarchien, wenn der Chefarzt mit der Krankenschwester spricht – es braucht Transparenz, damit sich Menschen ernst genommen und nicht abgeschrieben fühlen und für immer in der Nische sitzen. Und es braucht Nähe. Auch Humor braucht Nähe.

Ist Humor in politisch schwierigen Zeiten noch wichtig?

Ja! Es ist nachgewiesen, dass Menschen in den entsetzlichsten Situationen Witze machen. Es gibt Protokolle von KZ-Überlebenden aus Theresienstadt. Sie haben sich gegenseitig Witze erzählt, Kalauer, um ihrer Situation für einen Moment zu entfliehen. Leute, die existenziell gefährdet sind, haben einen anderen Humor als solche in den obersten Etagen.

Ist der unten witziger?

Ich glaube schon. So wie die Küche der einfachen Leute fantasievoller ist.

Kann man Humor lernen?

Das weiß ich nicht. Aber man kann den Blick von unten nach oben lernen, die Froschperspektive, so wie Karikaturisten sofort erkennen, was ein Gesicht oder eine Gestalt markant macht.

Möchten Sie Ihr Publikum zum Reflektieren bringen?

Erst mal möchte ich es unterhalten. Ich kann es anregen, ihm ein bisschen geistige Nahrung aufzutischen, aber ob's ihm dann schmeckt, ist eine andere Frage.

Wie finden Sie Ihre Rollen, die uns lachen lassen, aber auch erschrecken?

Unterwegs im Bus, im Zug, im Taxi, ich geh einkaufen und bin unter Leuten, lehn mich zurück, halt Augen und Ohren offen und hör zu. Wenn mir was auf-

fällt, erleb ich ein inneres Oha! Hoppla! Und merk es mir. Aufschreiben muss ich es nicht, wenn's gut genug ist. Ich erfinde nie was.

Sie haben einen Sohn und eine Enkeltochter. Schauen Sie deswegen anders auf die Welt-Politik als der junge Polt?

Ja, weil ich mir wünsche, dass sie nicht in irgendeine Scheiße kommen, für die sie nichts können. So wie Menschen, die unschuldig Opfer in Kriegen werden, Millionen Leben werden zerstört. ■

GERHARD POLT bewirtete die MUT-Redakteure mit Espresso. 1983 hat er auf dem Roten Platz in Moskau einmal Freibier ausgeschenkt. Er findet: „Wir haben so viele Themen, aber nicht genug Tatkraft und nicht viele Visionäre.“

Die Zukunft bewegen – mit ZF.

Wir gestalten das Fahrzeug der Zukunft, jeden Tag aufs Neue. Denn als global agierender Automobilzulieferer ist ZF beim Mobilitätswandel führender Technologielieferant. Egal, ob mit Fahrwerktechnologien für alle Fahrzeugsegmente, Technologien für Elektro-Pkw und -Nutzfahrzeuge, mit unseren Hochleistungscomputern für automatisiertes Fahren sowie mit Servicemodellen und Ersatzteilen im Aftermarket: Unser Ziel ist es, bezahlbare, sichere, saubere und komfortable Mobilität für alle zu ermöglichen. Daran arbeiten unsere ZF FutureStarter! Erfahren Sie mehr: zf.com/futurestarter

#FutureStarter



Mit mir kein Deutschland-Bashing

Man kann ein Land auch runterreden. Viele Wirtschaftsführer tun das, erklären es zum „Ramschladen“. Aber vor politischer Verantwortung drücken sie sich, meint unser Autor.

TEXT ANTON HUNGER

Der Mensch strebt nach Vollkommenheit, er teilt die Welt in Schwarz und Weiß, in Gut und Schlecht. Grautöne mag er nicht. An Stammtischen weiß man, wie alles besser sein könnte. So weit, so normal.

Nun haben Wirtshaus-Parolen keine nachhaltige Wirkkraft, die Schimpfkanonaden bleiben im Bierdunst hängen. Anders bei wortmächtigen Wirtschaftsführern. Ihre Kritik lässt die Regierenden nicht kalt. Unternehmer gelten als kompetent, mutig, visionär und sie schaffen Arbeitsplätze. Ihr Wort hat Gewicht.

Sitzt man am Tisch mit ihnen, dauert es nicht lange, bis der wirtschaftliche Sachverstand sein Feindbild ausgemacht hat: die Politik! Heizungsgesetz, Lieferkettengesetz, Bürgergeld, unpünktliche Züge, fehlende Investitionen in Digitalisierung und Bildung und – der Klassiker – zu hohe Steuern. Die Kritik ist berechtigt, je nach Weltanschauung und politischer Ambition bleibt sie sachlich, zumeist ist sie aber verzerrt. Bisweilen sogar populistisch.

„Deutschland verkommt zum Ramschladen“, befand Theodor Weimer, ehemaliger Chef der Deutschen Börse und ein Sprachrohr der Wirtschaft. Auf einer CSU-Veranstaltung beklagte er den „Niedergang des Standorts Deutschland“, man sei auf dem „Weg zu einem Entwicklungsland“.

Wolfgang Reitzle, Ex-Linde-Chef und früherer BMW-Manager, bezeichnete große Teile der öffentlichen Hand als „Sanierungsfall“. Der Regierung wirft er „Versagen“ vor, das Krisenmanagement sei „beschämend“. Da will der frühere Siemens-Vorstandsvorsitzende Joe Kaeser nicht nachstehen und sieht die Verantwortung für den angeblichen Absturz der Republik allein bei der Ampel: „Durch die heutige Regierung ist die Marktwirtschaft zu kurz gekommen.“

Einen Unternehmer, der ins gleiche Horn stieß, fragte ich, warum er mit seinem Wissen und Können nicht in die Politik gehe? Da könne er doch zeigen, wie man es besser macht. Der

Mann antwortete: „Ich bin doch nicht blöd, müsste mich einer Parteilogik fügen, die mich ausbremsen würde.“

Der Mann hat recht, so funktioniert nun einmal das politische Geschäft, erst recht in Koalitionsregierungen. Ein Land in einer demokratischen Gesellschaft zu regieren ist komplizierter, als ein Unternehmen zu steuern. Schlechte Umfragewerte machen nervös, fallende Börsenkurse auch. Aber Politiker stehen im Rampenlicht, Wirtschaftsführer agieren in aller Regel außerhalb der Öffentlichkeit. Eine Abstrafung durch das Wahlvolk droht ihnen nicht.

Aber wenn man schon versteht, dass Politik anders funktioniert als Wirtschaften, warum dann diese verbale Wut der Kritiker? Die Frage ist doch, wie man mit denen umgeht, die Entscheidungen zu treffen haben? Begreift man Politiker als Totalversager oder respektiert man wenigstens in Ansätzen ihren guten Willen? Auch Wirtschaftsführer müssten wissen: Empörung löst keine Probleme! Wer Fehler oder Nachlässigkeiten aufbläht, erzeugt ein Zerrbild der Verhältnisse. Nicht alles, was den Standort Deutschland gefährdet, ist Ausfluss der Politik. Wolfgang Reitzle hat seine Linde AG mit dem amerikanischen Gaskonzern Praxair fusioniert. Seitdem ist der Vorzeigekonzern vor den Toren Münchens nur noch eine Filiale. Es war die Entscheidung von Unternehmern, die Politik hat den deutschen Standort von Linde nicht gefährdet.

Nur knapp zwei Prozent der deutschen Wahlberechtigten sind Mitglied einer politischen Partei, Wirtschaftsführer machen da keine Ausnahme. Ein stärkeres Engagement der Normalbevölkerung und der Wirtschaftseliten wäre jedenfalls zielführender als plumper Protest. Am Ende ist es eine Frage der Glaubwürdigkeit: Kritiker, die sich vor politischer Verantwortung drücken, sollten sich bei ihrer Wortwahl zurückhalten.

Die Welt ist nicht weiß und nicht schwarz. Sie ist grau. Schon deshalb: mit mir kein Politiker-Bashing. ■

Illustration: Astrit Vatnika

SIEMENS

Gemeinschaftlich die Zukunft formen

Wir sind leidenschaftliche Menschen mit vielfältigen Fähigkeiten, Interessen und Bedürfnissen, die sich einer gemeinsamen Mission verschrieben haben: eine bessere Zukunft durch Technologie zu gestalten.

Unsere Kultur fördert den Mut, anders zu denken und neue Wege zu beschreiten. Möchtest du mehr über die Ausbildung und das Duale Studium bei Siemens erfahren? Besuche SIEYA!

SIEYA unterstützt dich von der Berufsorientierung bis zum Ausbildungsstart bei Siemens: www.sieya.de

Create a better
#TomorrowWithUs

Bewirb dich jetzt!

Du findest uns unter:

📍 [siemens_ausbildung](https://www.instagram.com/siemens_ausbildung)

🌐 ausbildung.siemens.com

Creator



Das Erfolgsg Geheimnis unserer Republik

Das sind die Menschen, die sie am Leben halten. Menschen, die nicht bloß rumnörgeln, sondern Verantwortung übernehmen. Die für Gerechtigkeit und Ordnung sorgen, Kompromisse finden, helfen, heilen und lehren. Ohne sie geht gar nichts. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes „staatstragend“. Das MUT-Magazin stellt sechs von ihnen vor. Echte Republikaner, sozusagen.

Der Plenarsaal des Bundestags am 27. Juni. Tagesordnungspunkt 10: „Kulturelle Differenzen als mögliche Ursache von Integrationsproblemen“. Der FDP-Abgeordnete Al-Halak spricht. Das Protokoll verzeichnete „Beifall bei der FDP, bei Abgeordneten der SPD und Bündnis 90/Die Grünen“.



Was macht der Bayer an der Spree?

Der Bundestag bestimmt die Geschicke Deutschlands. Und seine Politik fußt auf Kompromissen. In der Öffentlichkeit werden Aufreger-Themen wie „Migration“ hitzig diskutiert – und andere wie „Gewässermanagement“ kaum zur Kenntnis genommen. „Leider“, sagt Muhamad Al-Halak. Er ist da nämlich Experte.

TEXT JAN RÜBEL
FOTOS SASCHA MONTAG

Geboren wurde der 35-Jährige im Irak. Mit zehn kam er nach München, lernte Abwassertechniker, wurde Meister und ist seit 2021 MdB. Klar, dass die „heute-show“ ihn sofort entdeckt hat – als „AQUAMAN des Bundestags“.

Er weiß, was heute Mittag passieren wird. Mit wackligen Beinen und leerem Magen wird er zum Pult gehen, hinter sich an der Wand den zweieinhalb Tonnen schweren Adler mit ausgefahrenen Krallen, als griffe er nach ihm. Dann wird Muhamad Al-Halak seine 21. Rede im Plenarsaal des Bundestages halten, vielleicht seine wichtigste.

Es ist 8:30 Uhr, als er vorm Abgeordnetengebäude in der Dorotheenstraße 93 ankommt, in der linken Hand eine schwarze Aktentasche, in der rechten ein Pappbecher mit Kaffee. Am Morgen dieses Arbeitstages, der noch 15 Stunden dauern wird, liegt die Berliner Luft schwer und schwül über der Stadt. Die Sonne hat sich verzogen.

Al-Halak, 35, ist Abgeordneter des Deutschen Bundestages und gelernter Abwassermeister. Heute lautet seine Mission, wie so oft, einen Kompromiss zu suchen. Das klingt nicht sexy. Aber ohne den geht es nicht in einer Demokratie. Da ist die Koalition aus SPD, Grünen und FDP, die oft keine Einigkeit zeigen, aber eine finden müssen. Dann sind da noch CDU, CSU und Linke, die über den Bunderrat bei Gesetzen mitreden. „Ein guter Kompromiss ist die Kunst, einen Kuchen so zu teilen, dass jeder meint, er habe das größte Stück bekommen“, sagte einmal Bundeskanzler Ludwig Erhard. Al-Halak schließt sein Büro auf. Nach Kuchen ist ihm kaum, „ich werde bis zu meiner Rede nichts runterkriegen, dafür bin ich zu aufgeregt“. Auf ihn warten heute bei der 178. Sitzung in dieser Legislatur 22 Tagesordnungspunkte, über die 733 Abgeordnete beraten werden – bis in die Nacht. Die Sommerpause naht, da muss für Deutschland noch mancher Beschluss her. Er holt ein Tablet aus der Tasche.

Heute soll er gleich zwei Reden halten. Die erste antwortet auf einen Antrag der AfD-Fraktion, die eine Enquete-Kommission fordert, Titel: „Kulturelle Differenzen als mögliche Ursache von Integrationsproblemen bei Zuwanderern“. Die zweite behandelt „Wassermanagement für die Spree“. Beides Themen von schwerem Gewicht, Millionen Menschen sind davon betroffen. Beim ersten geht es um das Miteinander in der Republik – und das Aufregerthema schlechthin: Migration. Beim zweiten um die Gefahr, dass der Hauptstadtfluss austrocknet – ein technisches Problem, für das sich trotz der Tragweite kaum Leute jenseits der Fachwelt interessieren.

Gestern hatte er nach sieben Terminen um elf Uhr am Abend sein Hotel erreicht und sich in beide

Reden vertieft, bis nach Mitternacht. Vor sechs war Al-Halak heute Morgen wach, „das ist immer so, ich habe einen inneren Wecker. Und sind einmal die Augen offen, kommen die Gedanken. Das ist wie ein Motor, der nicht stoppt.“ Er stockt kurz. „Es gibt ja auch viel zu tun.“

Seit drei Jahren vertritt Al-Halak die FDP im Bundestag, nachdem ihn die bayerischen Liberalen als Nummer 14 auf die Landesliste setzten; man hatte ihm versichert: Du bist ein Zählkandidat, so viele Stimmen kriegen wir nie. Doch in der Wahlnacht schreckte ihn eine Whatsapp-Nachricht auf: Da war er wider Erwarten doch drin. Er schüttelt sich ein wenig, wenn er darüber spricht: „Das ist für mich immer noch sehr krass, aus Respekt werden mir die Knie weich, wenn ich da vorn am Rederpult stehe.“

Das Leben hatte nicht unbedingt vorgesehen, dass Al-Halak, Leiter einer Kläranlage im niederbayerischen Grafenau, der mit seiner Familie als Zehnjähriger vor dem Krieg im Irak geflohen war, nun Gesetze für Deutschland beschließt. Er musste nach der Wahlnacht, am gleichen Tag nach Berlin. „Ich war wie in einem Tunnel, erinnere mich an nichts mehr. Nur, dass ich noch Hemd und Anzug vom Vortag anhatte.“

Um elf Uhr zieht er den Knoten seiner Krawatte fest, nimmt einen letzten Schluck aus einer Energydrink-Dose, „ohne geht es nicht“. Ein Lautsprecher in seinem Büro schrillt: Aufruf zu einer Abstimmung im Bundestag. Noch schnell ein Stoß Haarspray aufs Haupt und zweimal Schuhspray aufs Leder links und rechts, dann marschiert Al-Halak die 500 Meter hin zum Reichstag. Bevor er die Treppe zum Parlament hinaufsteigt, bleibt er kurz stehen, er schnuppert. In der Luft liegt ein Duft von Fäulnis. „Unterm Reichstag verläuft unterirdisch ein offener Mischkanal. Regen- und Schmutzwasser werden nicht getrennt, daher stinkt’s.“ Eigentlich baue man so schon lang nicht mehr, murmelt er.

Kerzengerade sitzt er im Plenarsaal, rollt auf dem Stuhl unablässig nach links und rechts. TOP 10 wird aufgerufen, der AfD-Abgeordnete Bernd Baumann wird nach wenigen Sätzen laut. Er wettet über „diese Ideologie von mehr Diversität, mehr Vielfalt und weniger Weiß in der Hautfarbe

„Warum bekam ich die Chance, im Bundestag zu sein? Das frage ich mich oft. Es ist für mich eine Verpflichtung.“

„Er ist eine Frohnatur. Das tut gut, davon bräuchten wir im Bundestag mehr.“
Astrid Damerow,
CDU

der Deutschen“. Und: „Die Deutschen fühlen sich fremd, fremd im eigenen Land.“ Al-Halak schiebt seinen Stuhl im Wechsel nach hinten und nach vorn. Die AfD fordert eine Enquete-Kommission mit Augenmerk auf „kulturelle Differenzen“, die Bau-

mann bei „Migranten aus ganz bestimmten Herkunftsgebieten im Orient und Afrika“ ausmacht. Diese „Gesamtmuster“ würden den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zerstören.

Solch eine Kommission würde erst mal nur Empfehlungen erarbeiten. Aber der Antrag der AfD gibt die gewollte Marschrichtung vor – eine Unvereinbarkeit soll attestiert werden, denn: „Die Kultur ist das Entscheidende, meine Damen und Herren!“ Den Antrag hat die AfD erst vor eineinhalb Tagen den Fraktionen zugesandt – womöglich aus Kalkül, um die Vorbereitungszeit auf die Debatte zu verkürzen. Eine dreimal gestellte Anfrage unserer Redaktion um ein Gespräch über das Papier lässt die AfD-Fraktion unbeantwortet.

Al-Halak tritt ans Mikro. Er nimmt einen Schluck Wasser. Schaut in den Saal. Was an ihm sonst sofort auffällt, ist seine Herzlichkeit. Al-Halak lacht viel. Doch jetzt schaut er grimmig drein, er redet langsam. „Ich übersetze kurz den Titel des Antrags“, sagt er. „Die AfD will wissen, warum Muslime nicht zu Deutschland gehören und am besten massenweise deportiert gehören und zwar unabhängig von der Staatsbürgerschaft.“ Rechts vor ihm rufen AfD-Abgeordnete dazwischen. Al-Halak setzt fort: „Ich bin es leid, dass Sie von der AfD wieder einmal alle über einen Kamm scheren.“ Wie gelinge Integration, fragt er, und zählt auf: „Sprache lernen, Job finden und natürlich sauber bleiben“, und zwar „unabhängig vom kulturellen Hintergrund“. Als er auf die Sekunde genau nach fünf Minuten endet, rufen ihm AfD-Abgeordnete zu: „Das war schwach!“ Aus den anderen Fraktionen kommt Applaus. Die Debatte wird noch eine Stunde laufen, dann überweist die Präsidiumsleitung den Antrag an verschiedene Ausschüsse zur weiteren Beratung.

Kulturelle Differenzen lernte Al-Halak kennen, als er mit zehn am Hauptbahnhof München ankam, seine Eltern hatten nicht verraten, dass die Urlaubsreise in Wirklichkeit eine Flucht war; es hatte ihm

gedämmt, als sie im Mittelmeer von ihrem kleinen Boot auf ein Schiff umsteigen mussten, seine Mutter ins Wasser fiel und er sich bis heute an ihre Schreie erinnert. Man zog sie rechtzeitig hoch. Während die Eltern später auf der Polizeiinspektion 16 am Münchener Hauptbahnhof vernommen wurden, schenkten Beamte ihm und seinen Geschwistern in einem Nebenraum kleine Schoko-Nikoläuse. Es war Advent. „Die kannte ich noch nicht, das war eine neue Kultur für uns“, sagt Al-Halak, als er gegen 14 Uhr einen ersten Happen im Abgeordnetenimbiss isst, Pute mit Schupfnudeln und Pilzen; darauf spritzt er einen großen Klecks Asia-Chilisauce – kulturelle Differenzen auf einem Teller. „Seitdem liebe ich Weihnachten, alles begann für mich in Deutschland mit diesen schönen Schoko-Nikoläusen.“ Der Muslim geht heiligabends in die Kirche, aus Dankbarkeit und Respekt. Dem AfD-Antrag kann er nichts abgewinnen. „Mit meiner Rede wollte ich die Probleme bei der Integration ansprechen, da muss Ehrlichkeit her. Und ich wollte ein Positivbeispiel demonstrieren.“ Eben sich selbst.

Ein guter Kompromiss achtet gegnerische Positionen und schafft etwas Neues. Er stiftet Verbundenheit. Ginge das mit allen Abgeordneten im Parlament? „Ich würde es mir wünschen“, antwortet Al-Halak, „ich sehe mich als Praktiker. Wir Politiker haben den Job, Probleme zu lösen.“ Mit der AfD aber sei es schwierig, „die ist im Reichstag eigentlich immer auf Krawall aus“. Der Antrag zum Beispiel benenne tatsächliche Probleme, „aber dann spitzt er zu, verfälscht und skandalisiert. Das hilft einer Problemlösung nicht wirklich.“

Zwei SMS leuchten auf seinem Handy: Seine Mutter schreibt, sie werde seine Rede im Fernsehen sehen. In der zweiten ruft ihn der Parlamentarische Geschäftsführer seiner Fraktion ins Plenum. Die „PGF“ sind Manager des Alltagsgeschäfts im Parlament, sie passen auf, dass immer genügend Abgeordnete da sind und die Mehrheitsverhältnisse nicht wanken. Al-Halak eilt zum „Präsenzdienst“ von 15 bis 17 Uhr, danach stehen Abstimmungen bis 20 Uhr an; ab 21 Uhr hat er wieder Präsenzdienst. Und, ist seine zweite Rede fertig? „Ich schau nur noch mal drüber.“ Er sei froh, über die Spree zu reden, Wasser sei eben sein Fachthema.

Während er im Plenarsaal sitzt, schreitet eine Frau durch die Wandelhalle, die alten Mauern zielen noch russische Graffiti von Soldaten der Roten Armee, die Berlin 1945 von der Naziherrschaft be-



Hier schippern die Wasserschutzpolizisten Träger und Fix im Kahn durchs Biosphärenreservat Spreewald. Eine idyllische Kanal-Landschaft – wenn nur genug Grundwasser nachfließen würde.

freien. Die Frau, dunkelblaues Jackett über grünem Hosenanzug, setzt sich auf ein Sofa vorm Abgeordnetenrestaurant. Die CDU-Abgeordnete Astrid Damerow, 66, aus Nordfriesland hat maßgeblich am Unionsantrag mitgearbeitet, der die Bundesregierung auffordert, ein Wassermanagement für die Spree zu entwerfen. „Es gibt keinen wirklichen Dissens“, sagt sie. Die Problemlage: Zurzeit speist sich der Fluss zu 40 Prozent aus Grubenwasser des Tagebaus in Welzow-Süd, Nochten, Reichwalde und Jänschwalde. Doch die Politik hat den Ausstieg aus der Braunkohleförderung beschlossen, und zwar bis 2038. Was passiert dann mit der Trinkwasserversorgung Berlins und mit den Landschaften, durch die sie nicht mehr fließt? „Die Regierung ist nicht schnell und strikt genug“, sagt Damerow. „Der Bund sollte als Gesetzgeber jetzt Vorarbeit für die Länder und Kommunen leisten.“ Wirft sie der Ampel Versagen vor? „Nein, sie sollte vorausschauender agieren.“ Die Frage nach dem Spreemanagement taugt für einen Kompromiss. „Wir alle werden uns schon zusammenfinden.“ Und ihr Counterpart Al-Halak? Sie lacht. „Okay, er ist von der Gegenseite. Aber wir verstehen uns sehr gut. Er ist sehr engagiert, sachorientiert.“ Und er sei eine Frohnatur. „Das tut gut, davon bräuchten wir im Bundestag mehr.“

Beide sitzen im Umweltausschuss, einem von 25 Ausschüssen, in denen die Abgeordneten Bundestagsentscheidungen vorbereiten und Experten

zu Anhörungen einladen. „Ich mag die Arbeit im Umweltausschuss sehr“, hatte Al-Halak am Vortag gesagt. „Mir gefällt, wie hier meist pragmatisch und zielgerichtet um die bestmöglichen Lösungen gerungen wird.“ Er ist auch stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss, doch den beschrieb er anders: „Die Debattekultur verläuft hier einfach viel aufgeheizter und emotional getrieben. Das stört mich manchmal ein wenig.“

Zwei Polizisten auf Patrouille passieren die Couch, sie tragen Schutzweste und Maschinenpistole. Der Bundestag ist sein eigener Polizeibezirk, in dem die Bundestagspräsidentin Hausrecht und Polizeigewalt ausübt; die Zuständigkeit weiterer Polizeibehörden ist ausgeschlossen – dies soll das Parlament vor anderen staatlichen Gewalten schützen. Sie würde sich mehr gemeinsame Anträge wünschen, sagt Damerow, quer über Regierung und Opposition hinweg. „Aber da draußen auf der Straße ist es doch noch viel unversöhnlicher. Die Akzeptanz von Kompromissen hat in der Bevölkerung rapide abgenommen. Leute verstehen das weniger als Problemlösung und mehr als windelweiches Dahinwursteln.“

Da sei das Bedürfnis nach klaren Antworten, sagt sie. Die Suche nach Eindeutigkeit in einer komplizierteren Welt. „Wir Politiker dürfen uns davon nicht ins Bockshorn jagen lassen. Grau ist meist viel

„Egal, wo du herkommst. Es zählt nur, was du nach deinen Möglichkeiten für die Gesellschaft leistest.“ Christian Lindner

besser als Schwarz und Weiß! Nur sollten wir manchmal klarer in dem sein, was wir sagen.“

Spreewald Brandenburg, 60 Kilometer in südöstlicher Richtung vom Reichstag entfernt. Der Polizeikahn „WSP 76“ schnurrt durch Lübben.

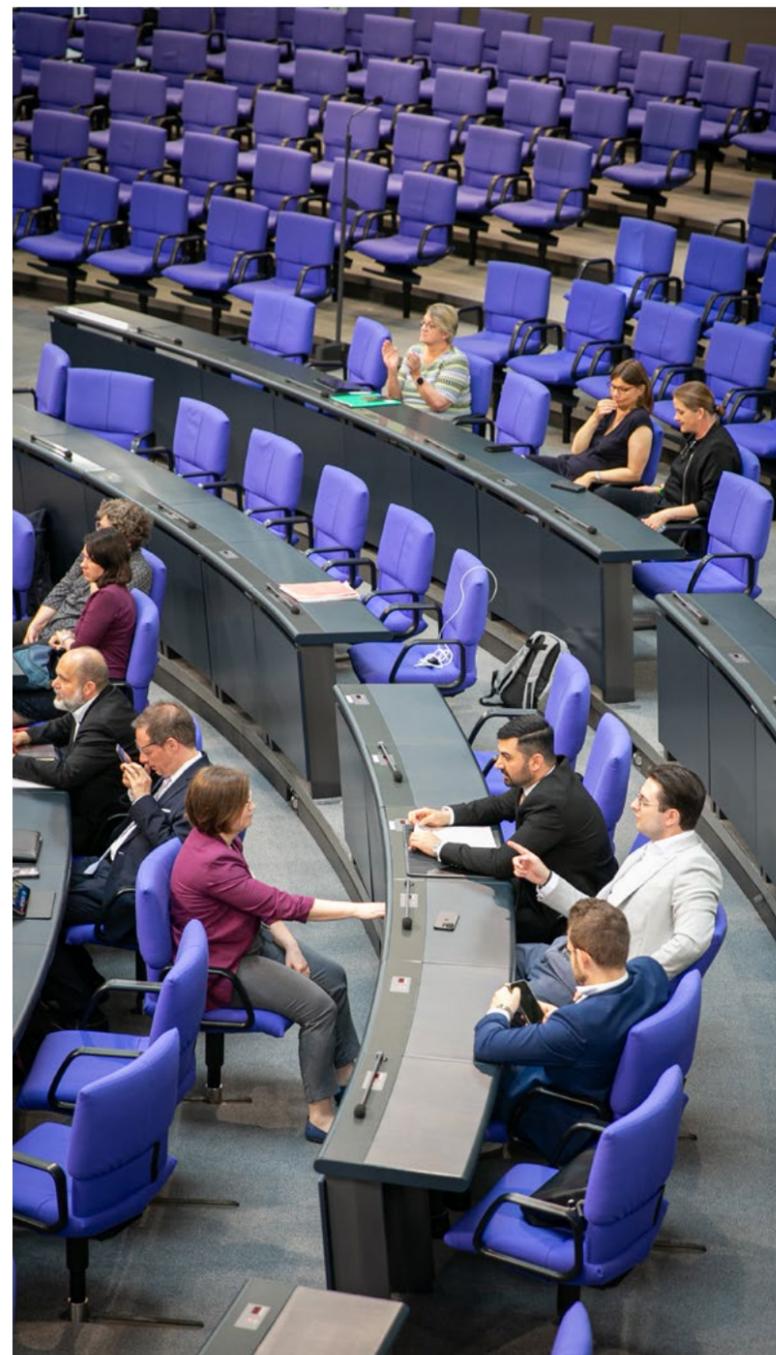
Seine Zwei-Mann-Besatzung trägt keine MP oder kugelsichere Kleidung, hat aber einen Schutzauftrag für 475 Quadratkilometer. „Das ist schon beängstigend“, sagt Oberkommissar Heiko Trägner, 53, über das drohende Austrocknen seines Einsatzgebiets. Vor 150 Jahren hatte die Politik den industriellen Braunkohletagebau beschlossen. Nun muss sie entscheiden, wie sie das Biosphärenreservat Spreewald erhält, wenn die Kohlebagger nicht mehr graben und kein Grundwasser mehr abgepumpt werden muss, das bisher in die Spree eingeleitet wird.

„Es regnet seit Jahren weniger“, sagt Kollege Hauptkommissar Michael Fix, 63. Auf 1.000 Kilometer Wasserläufe haben sie aufzupassen. Über Generationen hinweg hatten die Einwohner die natürliche Flussverzweigung durch Kanäle erweitert, eine einzigartige Auenlandschaft geschaffen. „Wegen des ausbleibenden Grubenwassers muss schon was unternommen werden.“ Haben sie Vertrauen in die Politik? „Das schaffen die“, sagt Trägner. „Irgendwie kriegen sie das hin“, sagt Fix. Und sie setzen ihre Fahrt fort, ermahnen Kanuten wegen zu lauter Musik aus Boxen, verteilen Strafbzettel an Schlauchboote in verbotenen Arealen, „schließlich ist das hier kein Disneyland“.

Der Optimismus, den die beiden zeigten, spiegelt sich heute im Reichstag. Al-Halak kommt für ein paar Minuten aus dem Plenarsaal, es ist mittlerweile früher Abend. „Es geht nur um die richtigen Stellschrauben“, sagt er über den Antrag der Union zum Spree-Wassermanagement. Er werde ihn ablehnen, „die CDU ist zu schnell mit vermeintlichen Lösungen wie dem Bau von Wasserfernleitungen aus anderen Flüssen in die Spree hinein“. Das überzeuge ihn nicht, man müsse an besseren Optionen arbeiten, wie etwa Wasserspeicherung vor Ort. „Am Ende werden aber alle zufrieden sein.“ Er schaut ein wenig müde aus. „Wir werden uns einigen. In diesem Fall werden keine Differenzen aufgebauscht wie die ‚kulturellen‘ durch die AfD.“

Nach einem Jahr in einer niederbayerischen Flüchtlingsunterkunft durfte der junge Teenager Muhanad in die Schule. Er lernte viel auswendig, auch wenn er es im Deutschen nicht verstand. Spiele Fußball im Verein, ging zur Freiwilligen Feuerwehr. Nach dem Hauptschulabschluss hörte er, dass die lokalen Stadtwerke ausbilden würden. Er ließ sich die Kläranlage zeigen, „ich war fasziniert von der Vielseitigkeit des Jobs, außerdem war es eine Arbeit vom Staat und ein Dienst an der Gemeinschaft“. Als der Bürgermeister die Schulabgänger fragte, wer sich die Anlage mal angeschaut habe, war er der Einzige, der die Frage bejahte. Nach der Lehre machte er seinen Meisterbrief auf eigene Kosten, wurde Betriebsleiter. Er fiel auf, munter und engagiert, wie er im Ort unterwegs war; ein Lokalpolitiker nahm ihn 2017 zu einer FDP-Veranstaltung mit, stellte ihn Parteichef Christian Lindner vor. „Der sagte zu mir: ‚Es ist doch egal, wo du herkommst. Es zählt nur, was du nach deinen Möglichkeiten für die Gesellschaft leistest.‘“ Damit hatte er ihn, Al-Halak trat ein und wurde 2020 in den Stadtrat gewählt. „Das Misslingen der Integration“, wie es der AfD-Antrag pauschal für Deutschland formuliert, spiegelt sich in seiner Biografie kaum. Woraus speist sich diese Behauptung?

Neukölln, ein Berliner Stadtteil, zwölf Kilometer südöstlich vom Reichstag. Eine Frau in schwarzem Hosenanzug, schwarzen Sandalen und mit schwarzer Brille hat darauf eine einfache Antwort. Sie steht in einer Bar, hält ein Mikro und sagt: „Herzlich willkommen zu unserer kleinen Migrationsbeiratsparty.“ Ein Musiker spielt mit seiner Saz, einer Langhalslaute, auf. Der Kiez hier ist das Heartland dessen, was die AfD als Parallelgesellschaft labelt. „Der Begriff ist mir zu allgemein“, sagt Güner Balci, sie ist Integrationsbeauftragte des Bezirks Berlin-Neukölln und Veranstalterin des jährlichen Sommerfestes. Sie geht von Tisch zu Tisch, herzt hier, lacht dort; schwer, mit ihr Schritt zu halten. „Klar, es gibt Teile von Gegengesellschaften“, sagt sie, „aber wir müssen genauer sein: zum Beispiel Zwangsehen benennen, die kulturellen und religiösen Aspekte herausarbeiten.“ Seit Jahren engagiert sich Balci, 49, gegen reaktionäre Tendenzen – in Communitys mit Einwanderungsgeschichte und überhaupt. Gerade hat sie Seyran Ateş mit Wangenküssen verabschiedet, die Frauenrechtlerin und Anwältin wird von Polizisten begleitet; Islamisten trachten ihr nach dem Leben. Beide arbeiten an Orten, welche die AfD kaum kennt – und vielleicht deshalb entsprechend urteilt. „Der Antrag für eine



„DEM DEUTSCHEN VOLKE“ steht auf einer Länge von 16 Metern in Bronzelettern unterm Giebelfries des Reichstags. 272 Gesetze hat der Bundestag in dieser Wahlperiode seit Herbst 2021 verabschiedet, 1.120 Anträge stellten die Fraktionen. Um all diese Abläufe zu bewerkstelligen, wirken allein 3.200 Mitarbeiter in der Verwaltung, insgesamt sind es etwa 10.000 Menschen, die im Bundestag arbeiten.

Der mit dem Scheitel ist Al-Halak.
Wochenarbeitszeit: 80+ Stunden.
Monatseinkommen: 11.227,20 Euro.
Unterstützung der Eltern: 12.000 Euro im Jahr. Abgaben an die Partei: 12.590 Euro (Quelle: „Der Spiegel“).

Enquete-Kommission ist für die Tonne“, sagt Balci. „Er strotzt vor Ignoranz und Böswilligkeit.“ Die vielen Probleme, die soziale Milieus hätten, blieben auch dort. Heißt: Viele Deutsche bleiben davon unberührt. „Die AfD interessiert sich nicht für die Milieus mit ihren Problemen. Sie hetzt und spaltet im Ton der Nationalsozialisten.“ Die Schwierigkeit: Gerade in Ostdeutschland macht die Berlinerin fehlende Berührungspunkte mit Einwanderung aus. „Bloß haben Menschen, die miteinander auskommen müssen, eine höhere Kompromissbereitschaft. Man muss an seine Grenzen gehen, um diese zu überwinden.“

Zurück im Bundestag, nähern sich die Abgeordneten am späten Abend ihren eigenen Grenzen an. Erschöpfung macht sich breit. Im Plenum fächelt sich Al-Halak mit einem Heft Luft zu, es ist 21:30 Uhr. Für einen Moment kommt er raus, zeigt Kommentare zu seiner Mittagsrede auf Instagram. „Ehrenmann“, schrieb einer. „Das Gemeinschaftsgefühl ist in Deutschland ein wenig verlorengegangen“, sagt Al-Halak. Er sucht es wie einen verlegten Gegenstand. „Ich habe dieses Gefühl schon mehr als andere.“ Vielleicht habe das mit seiner Geschichte zu tun. „Warum bekam ich die Chance, im Bundestag zu sein? Das frage ich mich oft.“ Für ihn sei das eine Verpflichtung.

Um 22:31 Uhr ist endlich das Spreemanagement dran. Vorher eine SMS von Al-Halak: Die Fraktionen wollen die Beratungszeit verkürzen, er und einige andere Abgeordnete werden ihre Reden nur zu Protokoll geben. Damerow aber geht ans Pult: „Lassen Sie uns gemeinsam nach vorne gucken“, ruft sie. Als der Unionsantrag um 22:43 Uhr mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt wird, wirkt sie nicht erzürnt; einige AfD-Abgeordnete stimmen gar nicht ab, unterhalten sich weiter untereinander im Plenum. Draußen prasselt Regen auf die gläserne Kuppel. Der Bundesadler an der Wand wirkt jetzt größer und die Regierungsbank vor ihm kleiner. Die Luft bleibt dick. Schüler einer Klasse auf der Tribüne nicken ein. Es ist 23:12 Uhr. „Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung“, sagt Vizepräsidentin Yvonne Magwas. „Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und eine gute Nacht.“ Abgeordnete strömen hinaus und Saaldiener hinein. Sie rücken Stühle gerade und überprüfen die Schubladen der Tische. Alles muss in Ordnung sein bis morgen. Dann geht es um neun in der Früh wieder los, im Maschinenraum der Republik. ■

„Wir haben keine Zweiklassenmedizin“

Manche Menschen bekommen Puls, wenn sie das Wort „Krankenhausreform“ hören. Sie befürchten rappelvolle Notaufnahmen, weite Wege und miese Behandlung. Zeit für eine Visite bei Doktor Lippert im „Klinikum am Gesundbrunnen“. Welch toller Name für ein Krankenhaus!

TEXT **TOBIAS ASMUTH**
FOTOS **FRANK SCHULTZE**

Morgenlage, 7.55 Uhr. Ärzte und Ärztinnen bringen sich auf Stand. In der Nacht gab es drei Zugänge, darunter ein Mann mit einer Nasenbeinfraktur, der in seinem Garten verprügelt wurde. Elf Patienten sollen heute aufgenommen, acht entlassen werden. „Welche Operationen stehen im Plan?“, fragt Burkard Lippert. Alle Augen richten sich auf den Screen an der Stirnseite des Besprechungszimmers. Lippert erzählt, dass ein Vertreter der Krankenkassen es am Morgen ins Radio geschafft habe mit der Aussage, dass dieses Jahr wieder 100 Milliarden Euro in die Krankenhäuser fließen würden. Einmal das Sondervermögen für die Bundeswehr.

Lippert ist seit 2007 Direktor der Hals-Nasen-Ohren-Klinik, die zum „Klinikum am Gesundbrunnen“ gehört, am Rande Heilbronn gelegen. Das Krankenhaus ist eines von 1.893 Krankenhäusern, die es laut Statistischem Bundesamt in Deutschland 2022 gegeben hat. Es hat 2017 einen Neubau bekommen und wird im Winter um einen weiteren modernen Anbau ergänzt. Lippert weiß, dass er Glück hat.

Viele Krankenhäuser müssten nicht nur modernisiert, sondern überhaupt erst mal renoviert werden. Manche Kollegen würden über Jahrzehnte von den Leitungen vertröstet, während ihre Häuser allmählich auseinanderfielen. Andererseits dreht sich auch sein Alltag um Fallpauschalen, Mittelvergaben, Investitionen oder veraltete Software.

Ein Arzt klickt die Liste der geplanten Operationen an: ein Zungenkarzinom und ein Schilddrüsen-Tumor. Lippert diskutiert mit seinen Ärztinnen und Ärzten: Wie ist die Konstitution der Patienten? Sollen wir das Bestrahlungsfeld vergrößern? Was sagen die Kollegen von der Onkologie? Außerdem sind Operationen an einem Trommelfell, an einem Mittelohr sowie die Verkleinerung einer Nasenmuschel geplant. Routine-Eingriffe. Lippert schaut aufmunternd in die Runde. „Los geht’s.“

Ruckartig schieben die Ärzte die Stühle von den Tischen, greifen zu ihren Handys, eilen telefonierend auf Station. Nur eine Gruppe beugt sich noch über den Belegungsplan. Er setzt die Betten mit den von den Krankenkassen für jede Krankheit vorgese-



Morgenlage mit Chefarzt Lippert (M.) und seinen Assistenzärztinnen. Es geht um gebrochene Nasen, Karzinome und Tumore – und kurz auch um die Ideen des Gesundheitsministers.

henen Tagen, den notwendigen Operationen sowie Unvorhersehbarem – etwa einer Schlägerei in einem Schrebergarten samt Nasenbeinfraktur – in ein fein gesponnenes Verhältnis zueinander. Noch fehlt ein Bett für eine Privatpatientin. „Aber das wird sich finden“, sagt Schwester Tanja Wache, die das Pflegeteam leitet. „Es ruckelt sich immer irgendwie zu recht.“

Auf dem Weg zur Sprechstunde erzählt Lippert, dass seine Klinik einen Wechsel von 20 stationären und zwischen 60 und 80 ambulanten Patienten am Tag habe. Ihm gehe es nicht darum, Quoten zu erfüllen oder Umsätze zu steigern. „Ich bin Arzt. Das ist meine Triebfeder.“ Medizin ist seine Leidenschaft. Schon seit 2009 gibt er kostenlose Abendvorlesungen. Dort bereiten er und sein Team medizinische Themen für Laien verständlich und unterhaltsam auf. Die Veranstaltungen sind fast immer ausgebucht.

In der Sprechstunde sitzt eine alte Frau, die mit ihrem Hörgerät Probleme hat. Nach einem Blick in

ihr rechtes Ohr erklärt Lippert ihr, dass sie als kleines Kind am Mittelohr operiert worden ist, woran sie sich nicht erinnern kann. Früher habe man das Mittelohr bei schweren Entzündungen „aufgemeißelt“, damit das eitriges Sekret abfließen konnte. Das führe heute zu ihren Problemen mit dem Hörgerät. „Ich habe eine nicht so gute Nachricht: Wir müssen Sie am Ohr operieren. Und eine gute: Danach werden Sie Ihr Hörgerät gut tragen können.“ Die Frau lächelt tapfer.

Neben den Untersuchungszimmern und dem Wartebereich liegen Räume mit Hörstudios und Apparaten wie einem Balance Master, um die im Alter häufiger auftretenden Gleichgewichtsstörungen diagnostizieren zu können. Schon wieder auf dem Weg, sagt Lippert, seine Klinik sei aufgrund der modernen Behandlungsmethoden mehrmals unter die besten Hals-Nasen-Ohren-Kliniken Deutschlands gewählt worden. Die modernen Geräte und ein strukturierter

„Privat Versicherte werden nicht anders operiert als gesetzlich Versicherte.“

Ausbildungsplan seien auch wichtig, um junge Ärztinnen und Ärzte davon zu überzeugen, in Heilbronn und nicht in einer Uniklinik zu arbeiten.

Dann zieht Lippert sich aus, schließt seine weiße Chefarzt-Kleidung in den Spind und schlüpft in eine grüne Hose und ein grünes Hemd. Er setzt eine Kappe auf, legt eine Maske an und drückt den Schalter für die Schiebetür zum Operationssaal. Darin warten schon eine Schwester, die ihm sterile Handschuhe überstreift, eine Anästhesie-Ärztin und unter einem grünen Tuch ein Mann, von dem nur die Nase zu sehen ist. Um sie geht es auch. Genauer um die verkrümmte Nasenscheidewand und die Nasenmuschel, ein mit Schleimhaut überzogenes knöchernes Gewebe. Sie ragt von der seitlichen Nasenwand in die Nasenhöhle. Sie ist beim Patienten zu groß und soll verkleinert werden, da er immer schlechter atmen kann.

Im grell ausgeleuchteten Raum ist es kühl, nur das Piepen des EKGs und die leisen Kommandos von Lippert sind zu hören. Er legt gleich los und lässt sich in schnellem Rhythmus Skalpell und Schere, Zange, Pinzette und Tupfer reichen. Während das Blut abgesaugt wird, entfernt er Teile der verkrümmten Scheidewand, legt sie in eine Salzlösung, verkleinert die Muschel und stellt nebenbei die schwenkbaren Kameras und hochauflösende Monitore vor. Sie ließen ein viel präziseres Operieren zu. Dann spricht er über den Förderverein für medizinische Innovation, dessen Vorsitzender er ist. Der Verein habe schon einige Millionen Euro eingesammelt, wovon das Krankenhaus unter anderem einen mehrarmigen Da-Vinci-Roboter, ein 3Tesla-MRT und eine KI-unterstützte Strahlentherapie anschaffen konnte. In der Lobby stehen die Namen der Spender auf zwei Tafeln. Die Klinik muss zwar noch für die Hälfte der Kosten aufkommen. Ohne die Spenden aber gäbe es die Geräte nicht. Die Träger der Klinik sind die Stadt Heilbronn und der Landkreis. Auch wenn die Region nicht zu den ärmeren in Deutschland gehört, heißt es auch hier: sparen. Gemessen am Bedarf steht zu wenig Geld für medizinische Investitionen zur Verfügung. „Das Land kommt seinen Verpflichtungen nicht vollumfänglich nach.“

Lippert lässt sich eine Tamponade geben und setzt die Nasenscheidewand wieder ein.

Später in seinem Büro schreibt er eine Dokumentation der Operation. Damit kann ein Arzt



Natürlich plagen auch ihn im Alltag Fallpauschalen, Vorschriften und Mittelvergaben. Aber der Professor findet immer noch Zeit, um jungen Mediziner sein Wissen und seine Erfahrungen in die Schädel zu bimsen.

„Tupfer“, „Pinzette“, „Tamponade“. Während der Operation einer Nasenscheidewand sind nur die leisen Kommandos des Chirurgen und das Piepen der Geräte zu hören. Arzt zu sein ist seine Triebfeder.

nachvollziehen, was er gemacht hat. Das sei sinnvoll. Für andere Dinge gelte das nicht. „Es gibt ständig neue Regeln für Hygiene-Maßnahmen oder Vorschriften im Arbeitsschutz.“ Manches sei gut gemeint, aber nicht notwendig, wie unterschiedliche Reinigungs-Maßnahmen für gleichartige Instrumente. Und wo die Mängel erkannt würden, seien die Mittel nicht ausreichend. Das Krankenhaus-Zukunftsgesetz solle jetzt zumindest den digitalen Investitionsstau auflösen. Das sei dringend notwendig. Lippert hat selbst einen WLAN-Verstärker in seinem Büro aufgebaut, um über das Internet telefonieren zu können. Es sei vor allem das fehlende Tempo, das ihn ermüde. „Das digitale Rezept läuft jetzt an. Aber das hat nach der Ankündigung auch wieder vier, fünf Jahre gedauert.“ Es soll das rosa-farbene Papierrezept ablösen, das wir von der Arztpraxis erhalten und zur Apotheke tragen.

Hinter ihm an der Wand hängt eine Lauterbach-Autogrammkarte. Seine Tochter, die Internistin an der Berliner Charité ist, hat sie ihm geschickt. Ein ironischer Gruß. Er findet die selbstbezogene Art, wie der Gesundheitsminister kommuniziert – freundlich ausgedrückt – bedenklich. Aber in der Sache habe er einen Punkt. „Wir haben nicht genug Geld und Personal. Nicht alle Krankenhäuser können alle Leistungen anbieten. Wir brauchen Kliniken, die sich spezialisieren. Wir müssen Häuser schließen.“ In Dänemark habe das geklappt. Auch auf dem Land gebe es dort noch – wenn auch weniger – Krankenhäuser.

Burkard Lippert will gerade einen Kaffee trinken, als ihn seine Assistentin fragt, ob er bei einer Visite einspringen könne. Ein Kollege sei verhindert. Fast schon in der Tür sagt er, dass sich auf jeden Fall etwas ändern müsse, um den großen Schatz des deutschen Gesundheitssystems zu bewahren. „Bis heute haben wir keine Zweiklassenmedizin. Ja, privat Versicherte haben bessere Zimmer. Dafür zahlen sie auch. Aber sie werden nicht anders operiert als Patienten in den gesetzlichen Krankenkassen. In anderen Ländern geht das nur über Cash.“ ■

Im Jahr 2022 gab es fast 1.900 Krankenhäuser in Deutschland. In ihnen arbeiteten 207.294 Beschäftigte im ärztlichen Dienst und 509.289 im Pflegedienst. Von 1991 bis 2022 stieg die Zahl der Patientinnen und Patienten von 14,5 auf 16,8 Millionen. Die Zahl der Krankenhausbetten ist im gleichen Zeitraum gesunken, um mehr als ein Viertel auf 480.000. Die Krankenkassen zahlen jährlich immer mehr für die stationäre Versorgung und den laufenden Betrieb. Dieses Jahr werden schätzungsweise wohl 100 Milliarden erreicht. Gleichzeitig fehlen den Krankenhäusern Gelder für Investitionen wie Baumaßnahmen und neue Geräte. Dafür müssen die Bundesländer aufkommen. Sie aber vernachlässigen diese Aufgabe seit Jahren, stellte der Bundesrechnungshof fest. Zahlten die Länder 1993 noch 3,9 Milliarden Euro, waren es 2021 nur noch etwa 3,3 Milliarden Euro – trotz Inflation und allgemeiner Kostensteigerungen.



Jura jetzt für alle. Danke, Mrs. Right!

Die Jugendrichterin Martina Flade will, dass Justiz nicht hinter verschlossenen Türen bleibt. Deshalb erklärt sie auf TikTok und Instagram, was Recht und Gesetz ist – und was nicht. Prozessbeobachter nennen sie „Lawfluencerin“.

TEXT KRISTIN KASTEN
FOTOS THOMAS VICTOR

Robe aus, Ringlicht an. In ihrem Podcast „Mrs. Right“ erzählt die 32-Jährige vom Alltag im Amtsgericht und dröseln juristische Fragen für Laien auf. Auch für die, die durchs Examen gerasselt sind.

Sie läuft wie eine Frau, die keine Zeit zu verlieren hat. Mit kleinen, schnellen Schritten, einen Stapel Papiere unterm Arm. Am Ellenbogen baumelt eine Designertasche, in der Hand ein Handy. Martina Flade, 32, ist Influencerin und Jugendrichterin am Amtsgericht Chemnitz. Jeden Sonntag plant sie akribisch ihre Woche. Denn wenn sie eins nicht hat, ist es Zeit.

In Deutschland arbeiten knapp 22.000 Richterinnen und Richter. In ihren schwarzen Roben wirken sie unnahbar. Wenn sie Paragraphen herunterrattern, verstehen viele Menschen nur die Hälfte. Die komplexe Sprache der Justiz ist nicht barrierefrei. Martina Flade will das ändern. Ihren Followern auf Instagram und TikTok die Urteile näherbringen, mit Vorurteilen aufräumen und Populismus entgegenwirken. „Die Überschriften in einigen Medien sind sehr plakativ. Ich will die andere Seite der Medaille zeigen.“ In ihren Reels erklärt sie komplexe Sachverhalte in einfachen Worten: zum Beispiel was droht, wenn man Schule schwänzt oder sich unerlaubt vom Unfallort entfernt.

Die Richterin will auch junge Menschen erreichen. „Die wenigsten der Generation Z lesen noch Zeitungen oder schauen Nachrichten. Sie informieren sich über Beiträge in sozialen Medien“, sagt sie. Räume, die Rechtsextremisten und russische Hacker längst für sich entdeckt haben. Auf TikTok, Snapchat oder Instagram verbreiten sie Hass und Hetze, gut getarnt in Gestalt von jungen Influencern oder seriös wirkenden Nachrichtenseiten. Mit ihren extremistischen Ideologien und Desinformationskampagnen untergraben sie das Vertrauen in den Rechtsstaat. Die digitale Brandstiftung greift um sich wie ein Lauffeuer, Martina Flade will ihr entgegenstehen.

Ihre Karriere als Lawfluencerin begann vor zwei Jahren. Die Jugendrichterin war in Elternzeit und wollte die Zeit, wenn das Baby schläft, sinnvoll nutzen. In ihrem ersten Video auf Instagram geht es um den Urlaubsanspruch in der Elternzeit. Zehn Personen schauten es sich an. Mittlerweile folgen ihr mehr als 60.000 Menschen auf Instagram, darunter Bundestagsabgeordnete, Schauspieler und reichweitenstarke Influencer. Einige ihrer Videos wurden millionenfach geklickt. Seit einem Jahr hat sie zusammen mit Scheidungsanwältin Saskia Schlemmer auch ihren eigenen Podcast: Mrs. Right. Jede Woche sprechen die beiden Frauen über aktuelle Themen aus ihrer Perspektive als Juristinnen und Mütter.

„Das Schönste an meinem Job ist auch die größte Bürde: die Verantwortung, die wir Richter tragen.“

Schon als Kind träumte sie davon, Richterin zu werden. „Als kleines Mädchen wurde ich von meinem Stiefvater adoptiert.“ Eine Familienrechtsanwältin half der Familie damals. „In meiner kindlichen Vorstellung stieg sie zur Ikone auf.“ Für die Einsler-Schülerin stand fest: Sie wollte nach der Schule Jura studieren. Doch mit 14 Jahren zog sie mit ihren Eltern von Tschechien nach Deutschland, tat sich schwer mit der deutschen Sprache. Aber ihren Traum gab sie nicht auf. „Ich kämpfte mich durch das Gymnasium und später auch durch das Studium.“ 2018 wurde sie zur Staatsanwältin ernannt, mittlerweile ist sie Richterin auf Lebenszeit.

Heute verbringt sie ihre Mittagspause im Büro ihres Mannes, der als Finanzberater arbeitet und ebenfalls als Influencer in den sozialen Medien aktiv ist. Das Büro in der stuckverzierten, viergeschossigen Villa ist nur acht Minuten zu Fuß vom Amtsgericht entfernt. Sie trägt ein Ringlicht in den Konferenzraum. Stecker rein, Licht an, Handy auf Stativ, und schon läuft die Kamera. Flade spricht über häufige Irrtümer, die ihr immer wieder im Internet begegnen. Etwa, dass schuldunfähige Täter oder unmündige Kinder ohne Konsequenzen davonkommen. „Oft wird das Jugendstrafrecht als Kuschelstrafrecht betitelt“, sagt sie. Eine typische Fehleinschätzung. Die Justiz könne Eltern das Sorgerecht entziehen, wenn das Kind etwas Schlimmes angestellt hat. „Das Jugendamt sorgt dann dafür, dass die mangelnde Erziehung nachgeholt wird, bis hin zur Unterbringung in einem geschlossenen Heim.“

Immer wieder steigt sie in Diskussionen mit Widersachern ein. Auch Hasskommentare finden sich auf ihren Kanälen. „Und Reichsbürger, die meine allgemeine Legitimation hinterfragen, kommentieren meine Posts. Darauf gehe ich aber nicht ein.“ Ernst gemeinte Fragen aus der Community beantwortet sie hingegen gern, greift Kommentare auch in ihren Videos auf. Dort gibt sie sich nahbar, zeigt private Bilder aus ihrer Vergangenheit. Als Kind mit Stoffesel in den Händen, im goldenen Glitzerkleid beim Abiball, im weißen Brautkleid. „Es darf menscheln“, sagt sie. Ihrem Amt schade das nicht. Am Gericht hatte man zunächst Bedenken. Eine Richterin in den sozialen Medien, das gab es bis dahin nicht. „Aber



Der Stadtteil Sonnenberg in Chemnitz: 17.000 Einwohner mit „überproportional erhöhtem Anteil von Personengruppen, die auf Problemlagen hindeuten“. Hier schützt Richterin Flade den Rechtsstaat.

rem Beruf oberste Priorität. „Das Schönste in meinem Job ist auch die größte Bürde: die Verantwortung, die wir Richter tragen.“ Sie könne das Leben eines Menschen positiv beeinflussen, ihr oder ihm helfen, einen Unterschied bewirken. „Aber wenn ich mich falsch entscheide, hat mein Urteil vielleicht einen negativen Einfluss auf diesen Menschen.“

Heute steht ein junger Mann vor Gericht, der im Drogen- und Alkoholrausch vor drei Jahren zum wiederholten Mal in eine Gartenlaube eingebrochen ist. Mittlerweile hat er eine Langzeittherapie gemacht und geht Vollzeit arbeiten. Der Staatsanwalt fordert eine zweijährige Bewährungsstrafe, während der Verteidiger auf eine Geldstrafe im dreistelligen Bereich pocht. Martina Flade hat das Kinn auf die Hand gestützt, fragt nach, will verstehen, was ihn bei seiner Tat angetrieben hat und wie seine Lage heute ist, auch seine finanzielle. Er käme trotz Privatinsolvenz gut zurecht, sagt der Angeklagte, und habe nach Abzug aller Kosten rund 700 Euro im Monat zum Leben. Seine Tat täte ihm leid, auch wenn er sich kaum an sie erinnere. „Ich nehme Ihnen den Eindruck ab“, sagt die Richterin. Am Ende bekommt er eine Geldstrafe in Höhe von 400 Euro. Zwei Monate hat er Zeit, um sie abzubezahlen. Die Richterin könnte ihm auch drei oder vier Monate Zeit einräumen. „Das Urteil soll aber spürbar für ihn sein.“ Als sie sich von allen Verfahrensbeteiligten verabschiedet, lächelt sie zum ersten Mal kurz. „Ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihre Zukunft“, sagt sie. Dann verlässt sie schnellen Schrittes den Gerichtssaal. ■

das Verständnis der Justiz für die sozialen Medien ändert sich. Man sieht den Mehrwert, wenn jemand Werbung für den Beruf macht und Einblicke gewährt.“

Theoretisch könnte sie ihr Gehalt durch das Bewerben von Produkten in den sozialen Medien aufbessern. Aber das tut sie nicht, obwohl sie fast täglich Anfragen bekommt. „Das würde sich für meinen Berufsstand auch wirklich nicht gehören.“ Sie leistet einen Dienst am Volk, den ihr keiner bezahlt. Die Reels dreht die Richterin in ihrer Freizeit. Und ihre freie Zeit ist knapp. Sie arbeitet Vollzeit am Gericht, ist aber an den meisten Tagen zeitlich flexibel. „Ich habe zwei Verhandlungstage, aber ansonsten keine festen Arbeitszeiten“, sagt sie. Oft sitzt sie abends, wenn das Kind schläft, noch am Schreibtisch. „Gestern bin ich erst um halb zwölf ins Bett gegangen.“ Ihr Wecker klingelt um sechs. Wenn es ihr Zeitplan zulässt, geht sie noch eine Runde Joggen.

Wenn Martina Flade in ihrer schwarzen Robe den Gerichtssaal betritt, die Haare locker mit einer Klammer zusammengesteckt, kneift sie die Augen leicht zusammen. Mustert die Menschen, nickt kurz. Es kam schon vor, dass jemand fragte, wo die Richterin sei. Eine junge Richterin, die auch Model sein könnte, damit rechnen die wenigsten. Sie liebt ihren Beruf, empfindet ihn nicht als Last, auch wenn ihr manche Fälle unter die Haut gehen. „Ich bin keine KI, kein Roboter. Ich darf empathisch sein, aber nicht emotional werden.“ Objektivität habe in ih-

Die Justiz in Deutschland gilt als überlastet. Im vergangenen Jahr stiegen die Fallzahlen laut Deutschem Richterbund auf rund 5,4 Millionen an, zwei Jahre zuvor waren es noch etwa 4,7 Millionen Fälle. Mehr als 900.000 offene Verfahren sollen sich derzeit unerledigt auf den Tischen der Staatsanwaltschaften stapeln. Personalmangel sei einer der Gründe dafür, so der Deutsche Richterbund. Mehr als 1.500 Strafrichter und Staatsanwälte würden bundesweit fehlen. Im europäischen Vergleich hingegen schneidet die deutsche Justiz in vielen Bereichen gut ab. Laut „Justizbarometer“ der Europäischen Kommission nehmen gut 70 Prozent der Privatpersonen die Justiz hierzulande als unabhängig wahr. Damit landet die deutsche Justiz immerhin im oberen Mittelfeld, auf Platz 6 von 21 Staaten.



Jetzt **Probefahrt** vereinbaren

Wir fahren Golf Und das seit 1974

Der neue Golf

Wir feiern in diesem Jahr nicht nur die neueste Evolutionsstufe, sondern auch unfassbare 50 Jahre Golf Geschichte. Das ist wow, das ist der neue Golf. Aus dem Leben. Für das Leben.

50 Jahre Golf

Fahrzeugaabbildung zeigt Sonderausstattungen. Bildliche Darstellungen können vom Auslieferungsstand abweichen. Änderungen und Irrtümer vorbehalten. Stand 08/2024.

Hallo Problem, ich komme!

Mariam Kassem leistet Mobile Jugendarbeit, sie ist Streetworkerin. Ein Job mit Rückschlägen, aber auch Glücksmomenten. Perfekt für eine, deren zweiter Vorname „Geduld“ ist.

TEXT **MARKUS WANZECK**
FOTO **CHRISTOPH PÜSCHNER**

B lauer Himmel über Fellbach, einer 46.000-Einwohner-Stadt nahe Stuttgart. Fast 30 Grad. „So ein Mega-Wetter kann gut sein für uns“, sagt Mariam Kassem. „Oder schlecht, weil alle im Schwimmbad sind“. Die 25-Jährige ist in der Mobilen Jugendarbeit unterwegs. Im Sommer, sagt sie, sei das Wichtigste, zu den Plätzen zu gehen, wo die Jugendlichen abhängen. Der Winter sei mehr die Saison für Einzelgespräche. Mit Jugendlichen etwa, die drogenabhängig sind. Mit jenen, die einen Job suchen – oder gerne suchen würden. Mit Teenagern, die zu Hause rausgefliegen sind.

An die zwei Stunden dauert ein Rundgang zu den Problemläusen der Stadt. Einer ist vor der Pauluskirche. Häufig beschwerten sich die Anwohner. Tagsüber dröhnende Fußballspiele auf dem Beton. Laute Gespräche in der Nacht. Und immer wieder: Müll im Morgengrauen.

Vor der Kirche stehen Holzbänke in der prallen Nachmittagssonne, die Betonplatten davor sind mit Zigarettenspitzen übersät. Auf einer der Bänke sitzen Samy, ein 21-jähriger Syrer, und seine Freundin. „Beast Mode“ steht auf Samys Muskelshirt. Mariam Kassem kennt ihn schon seit 2015; er war gerade in Deutschland angekommen und lebte mit seiner Familie noch in einer Unterkunft für Geflüchtete.

„Und, was macht die Arbeit?“, fragt sie Samy. Sie weiß, er hat einen Job beim Sicherheitsdienst.

„Gut, gut!“, kommt es fröhlich zurück. Feuchtfrohlich, wie sich herausstellt: Samy hat glasige Augen. Die seiner Begleiterin sind noch glasiger. Als sie aufstehen will, taumelt sie. Mariam Kassem springt ihr zur Seite, damit sie nicht umkippt. Ob sie nicht Lust hätten, mal wieder zum Kochen in der Hausküche der Mobilen Jugendarbeit vorbeizuschauen, fragt Kassem. Vielleicht gleich morgen? Ja, wäre schön, antworten sie. „Alles klar, dann bis morgen!“ Kassem setzt ihren Rundgang fort. Morgen Abend also Kochen. Und nebenbei erfahren, wie es Samy und seiner Freundin sonst so geht, außer „gut, gut“. Insbesondere, welche Gründe es dafür geben mag, dass sich die beiden derart betrinken.

Kassem sagt, die Jugendlichen „bringen ihre Themen mit“: Schlägereien, Alkoholexzesse, verschiedenste Drogen. Auch Tilidin, ein starkes Schmerzmittel: immer mal wieder ein Thema.

Ihre Themen bringen sie allerdings meist erst mit, wenn sie von Streetworkern angesprochen wurden und Vertrauen aufgebaut ist. Dann lassen sie sich manchmal helfen, ein Bankkonto zu eröffnen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen oder Bürokratiekram mit Behörden und Polizei zu erledigen, wie bei dem Jugendlichen, dessen Thema Cannabis war, Konsum und Dealing, was ihn mit 18 in den Knast brachte. Und ein Jahr später, als haftverkürzende Maßnahme, in die Therapie. Ein Schritt, der mit viel Papierkram verbunden ist. Für den Ju-



Kassem's junge Klienten sitzen in Parks, in Hauseingängen und auf Bänken. Deshalb geht sie zu Fuß durch Fellbach – und trifft immer eine oder einen, der oder dem sie helfen kann.

gendlichen allein nicht zu schaffen. Mariam Kassem und ihr Kollege Markus Klemisch geben jungen Menschen Hilfestellungen. Alles ist freiwillig. So sagen Samy und seine Freundin am nächsten Abend kurzfristig das Kochen ab. „Ganz typisch für meinen Job“, wird Kassem sagen. Es brauche halt Geduld, Flexibilität, Improvisationstalent. Doch die Unverbindlichkeit, sagt sie, habe auch Vorteile: „Zu uns kommt kaum jemand, der keinen Bock hat.“

Die beiden Streetworker-Stellen in Fellbach, finanziert von Stadt, Landkreis und Land, gibt es seit Mitte der 90er-Jahre. Mariam Kassem ist seit 2021 dabei. Dass sie einmal in der MJA arbeiten würde – für sie früher unvorstellbar. „Mein erster Kontakt mit der Sozialarbeit war mit 14 Jahren, kurz vor dem Realschulabschluss“, erinnert sie sich. „Damals war meine Freundin Klientin hier. Bei Markus, meinem jetzigen Kollegen.“ Nach dieser Begegnung engagierte Kassem sich ehrenamtlich bei der Mobilen Jugendarbeit. Im Umgang mit Jugendlichen aus aller Herren Länder erwies es sich als Geschenk, dass sie als Kind libanesischer Eltern fließend Arabisch spricht und sich in andere Kulturkreise einfühlen kann.

Davon angespornt, traute sie sich, Soziale Arbeit an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg zu studieren, aus ihrer Sicht ein großes Wagnis: „Ich hatte großen Respekt vor dem Studieren. Es gab überhaupt keine Vorbilder dafür in meiner Familie oder dem Freundeskreis.“

Zu schaffen machen ihr allein die Rückfälle. „Klienten, bei denen ein Thema wieder und wieder auftaucht. Gerade bei Drogen gehört das dazu.“ Dafür erlebe man auch Momente großen Glücks. Wie vor vier Wochen, als ihr ein Mädchen und ein Junge über den Weg liefen, beide um die 16, denen sie geholfen hat, sich für eine Lehre zu bewerben. Beide erzählten strahlend von ihren neuen Jobs. Er lässt sich als Anlagenmechaniker ausbilden und sie als Drogistin.

Solche Begegnungen, sagt sie, wiegen auf, was ihr Job an Rückschlägen bereithält. „Wenn ich Jugendliche dabei unterstützen kann, etwas in ihrem Leben zum Positiven zu verändern – das ist unbezahlbar!“ ■

Die Namen der Jugendlichen wurden geändert.

Die BRD ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Auf Artikel 20 des Grundgesetzes fußen die Staatsziele, für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit zu sorgen und jenen Menschen zu helfen, die in eine Notlage geraten sind. Im Bundeshaushalt 2024 sind für den sozialen Bereich knapp 176 Milliarden Euro veranschlagt. Das ist der größte Einzeletat: rund 37 Prozent des gesamten Haushaltes. In den vergangenen zehn Jahren hat die Zahl der Menschen zugenommen, die in der Sozialen Arbeit beschäftigt sind. 2023 waren es laut Bundesagentur für Arbeit rund 465.000, davon drei Viertel Frauen. Durch den demografischen Wandel braucht es mehr Betreuung für Ältere; wegen der zunehmenden Ganztagsbetreuung bei Kindern steigt der Bedarf an schulischer Sozialarbeit; dazu kommen die Migrationswellen aus Syrien, Afghanistan und der Ukraine.

Seit Februar 2023 regiert die 42-Jährige die Hansestadt Rostock. Nicht gerade nackenschonend für die Bürgermeisterin als Mitglied der Partei Die Linke. Denn neuerdings haben AfD und CDU jeweils einen Sitz mehr in der Bürgerschaft.



Eine Frau mit Kümmerkompetenz

Eva-Maria Kröger ist Politikerin mit Meerblick. Und sie ist genauso praktisch wie ihre Kurzhaarfrisur. Kröger träumt nicht einmal davon, Luftschlösser zu bauen. Sie kommt aus dem Plattenbau.

TEXT **KATHARINA ELSNER**
FOTO **STEFANIE AUER**

Manchmal braucht sie eine Pause. Dann kuschelt sie sich aufs Sofa, kraut ihren übergewichtigen Kater Sammy und atmet durch. Seltene Momente, denn eigentlich ist Eva-Maria Kröger, 42, immer unterwegs. Das bleibt nicht aus, wenn man als Oberbürgermeisterin das höchste Amt einer Großstadt ausübt. Zumal als Frau und Mitglied der Partei Die Linke – und das in der eher konservativen Hansestadt Rostock, in der CDU und AfD die Mehrheit der Bürgerschaft stellen.

Sie zeigt auf ihren Terminkalender, der vor gelben Feldern fast überquillt: Termin reiht sich an Termin, bis in die Abendstunden. Darunter dieses Fairplay-Fußballturnier, das sie am nächsten Vormittag mit einem Grußwort eröffnen wird.

Ein heißer Sommermorgen, kein Lüftchen über Stadt und Ostsee, als Eva-Maria Kröger vor dem Kunstrasenplatz steht und auf Mini-Fußballfelder blickt. Rundherum kicken Kinder ihre Bälle. Am liebsten fährt sie allein zu diesen Terminen. So wie heute. „Am Anfang hat mein Team deswegen ganz schön die Schnuten gezogen, weil die ja alles vorbereiten, und dann dürfen sie nicht sehen, ob alles so passt.“ Aber sie habe festgestellt, dass mehr Menschen sie ansprechen, wenn sie allein kommt. Sagt es und geht auf eine Gruppe LehrerInnen zu, schüttelt Hände und ist im Nu mit allen im Gespräch, in dem es unter anderem darum geht, dass solch ein

Turnier die Kinder aus verschiedenen Milieus verbindet. Ohne Ansehen der Person und Herkunft. Ein Kernthema für eine Linke wie sie, denn Rostock liegt auf Platz zwei der Städte in Deutschland, die am stärksten trennen: Arme Menschen wohnen in den Randbezirken, wohlhabendere in der Innenstadt und in den Vororten.

Seit gut anderthalb Jahren ist Kröger Oberbürgermeisterin und damit Chefin von mehr als 2.700 MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung. Sie setzt um, was die Bürgerschaft beschließt. Leitet Ausschüsse und Sitzungen, plant Eis- und Schwimmhallen, will die Hafenwirtschaft stärken, auch wenn sie – wie die meisten Kommunen – Geldsorgen plagt. Aber für eine Sache brennt sie: den Neubau des Volkstheaters. Auch dafür ist sie als Oberbürgermeisterin angetreten. Denn jahrzehntelang hat die Stadt diskutiert, ob sie einen Neubau braucht. Pläne dafür waren seit den 60er-Jahren immer wieder gescheitert.

Gäbe es ein Rezept für den perfekten Aufstieg in das Amt, könnte sie ein paar Zutaten dafür in ihren Kochtopf werfen. Eine davon heißt: Smalltalk. Klingt banal, aber in der Verwaltung sagt man über sie: Ob sie mit Wirtschaftsvertretern verhandelt, eine Ausstellung eröffnet oder mit Linken in verrauchten Kneipen sitzt: Eva-Maria Kröger kann mit allen reden.

Von Tür zu Tür miteinander zu reden, Kontakt zu suchen und zu halten, auch unter widrigen Bedingungen, diese Fähigkeit habe sie im Osten der



Rostock hat 211.000 Einwohner, das Rathaus ist passenderweise rosarot. Dabei hat Kröger auch viele grüne Themen im Programm: Die Stadt will klimaneutral, fahrradfreundlich und autofrei werden.

Hansestadt entwickelt, aufgewachsen in einem Plattenbau. Sie half ihr, als sie Politik und Öffentliches Recht studierte und den Master machte, allein mit Kleinkind in Tübingen. Jahrelang saß sie der Fraktion der Linkspartei vor, zog in den Landtag in Schwerin ein. Sie erzählt gern die Geschichte ihrer Jugend als „Plattenkind“ – und wie sie als Linke die Stichwahl gegen den parteilosen Kandidaten der CDU und FDP gewann.

Sie wirft die zweite Zutat in den Topf: Pragmatismus. Als Mitglied der Bürgerschaft und Vorsitzende der Linksfraction hatte sie gegen den Bau einer Brücke über die Warnow gestimmt, weil sie öffentliche Gelder in eine andere Zukunft der Stadt stecken wollte, in den Ausbau des Nahverkehrs, um Schulen zu sanieren, um Stadtteile zu stärken. Heute arbeitet sie daran, dass diese Brücke gebaut wird. „Ich fand das unnötig, aber es gibt eine Beschlusslage und an die halte ich mich als Demokratin.“

Nein, Luftschlösser gehören nicht zu ihrem Programm. Stattdessen möchte sie Personalmangel auffangen und Krankenstände in der Verwaltung senken, sie will die Schublade, in der bereits viele Ideen und Konzepte liegen, aufmachen und sie umsetzen: Klimaneutralität, Fahrradstadt, autofreie Stadt, Stadthafen entwickeln. Bisher hat sie von einer rot-rot-grünen Mehrheit in der Bürgerschaft profitiert. Damit ist es vorbei. Die AfD und die CDU haben in der vergangenen Kommunalwahl im Juni 2024 in den Landkreisen und Städten die meisten Stimmen gewonnen.

„Es hätte schlimmer kommen können“, sagt sie. Denn sie sieht auch, wie demokratisch Parteien jetzt zusammenarbeiten. Als es nach der Wahl der Bürgerschaft darum ging, den Präsidenten zu wählen,

bildeten CDU, SPD und FDP und ihre Linkspartei eine geschlossene Front gegen den Kandidaten der AfD, die als stärkste Fraktion dieses Amt für sich beansprucht hatte. Und für einen Kandidaten der CDU. Angesichts dieser Mehrheit trat der AfD-Kandidat gar nicht erst zur Wahl an.

Trotzdem weiß Kröger auch: Natürlich ist dieses Dagegensein, das Blockieren, diese Anti-Politik der AfD gefährlich für Demokratie und Gesellschaft. „Die AfD erzählt zuallererst, dass der Staat nicht mehr in der Lage sei zu arbeiten. Das ist die Lüge, die inzwischen viel zu viele glauben.“ Trotzdem: „Ja, wir sind zu bürokratisch. Wenn’s um Entbürokratisierung geht, bin ich sofort dabei. Aber dass der Staat nicht handlungsfähig sei, ist eine absurde Lügengeschichte.“

Und deswegen steht Eva-Maria Kröger heute in der Mitte des Fußballfeldes. Kinder hocken auf dem Boden, schauen zu ihr auf. Kröger schnappt sich das Mikrofon und sagt: „Schön, dass ihr mitmacht. Es ist sehr heiß heute. Ihr müsst trinken. Und ab und zu in den Schatten gehen. Aber ich habe noch eine Frage: Wer von euch ist im Verein und macht regelmäßig Sport?“

Ein paar Hände gehen nach oben.

„Hier geht’s auch darum, dass man gut zusammen Sport macht und sich fair verhält und vielleicht noch Freunde findet. Viel Spaß und bis bald, ihr Lieben!“ Die Kinder klatschen.

Kaum 30 Minuten hat der Termin gedauert. Sinnvoll findet sie ihn trotzdem, weil er eine ihrer Aufgaben als Bürgermeisterin beschreibt. Das ist die letzte Zutat für ihr Rezept: die Kümmerkompetenz. „Das heißt, ansprechbar zu sein, damit du die Chance hast, Sorgen und Kummer persönlich abzuholen.“ Das erwarteten die Menschen: „Als Bürgermeisterin bist du Teil der Stadtfamilie.“ ■

In Deutschland gibt es 10.754 Städte und Gemeinden, verwaltungsrechtlich selbstständig, jede hat ein Stadtoberhaupt. Der Anteil an Frauen liegt bei neun Prozent. Die kommunale Selbstverwaltung ist im Grundgesetz verankert. Eine Kommune hat freiwillige Aufgaben wie Bibliotheken einrichten oder Sportplätze anlegen. Und Pflichten, die von Bund und Land auferlegt sind, dazu gehört das Pass- und Meldewesen, Wahlen oder auch die Abwasserbeseitigung.

Foto: picture alliance / imageBROKER

PORSCHE



Menschlichkeit wird bei uns großgeschrieben.

Bei all unserem Streben nach Spitzenleistungen und technischer Perfektion ist uns bewusst, dass Empathie und Nächstenliebe der wichtigste Treibstoff unserer Gesellschaft sind.



Herr Böhnisch und die Lust am Lernen

Die Schule steht unter der Aufsicht des Staates, sagt das Gesetz. Das weiß auch Martin Böhnisch. Aber als Leiter einer Realschule in Dornstadt nutzt er jede Gelegenheit, um Fenster aufzustoßen und den Mief des Paukens zu vertreiben. Die Angst bleibt draußen. Sie stört nur, wenn Schülern Flügel wachsen.

TEXT MICHAEL SCHOPHAUS
FOTOS ULI REINHARDT

Martin Böhnisch will nicht bloß unterrichten. Er will Kindern das Leben beibringen. Ihnen zeigen, wie sich Demokratie anfühlt. Sich kümmern, einfach da sein, zwischen Tuwort und Pantoffeltierchen.

Halb acht am Morgen und Martin Böhnisch holt die Vergangenheit ein. „Da!“, ruft er. Kennt ihr den? Er zeigt auf das Bild, das bloss aus dem Beamer zittert. Ein paar Schüler der 6c erkennen es und kichern; ihr Lehrer steht da als 17-Jähriger auf der Bühne. „Das Stück heißt *Andorra*“, sagt Böhnisch. Er spielte damals einen Jungen, den man erschoss, weil sein Mörder ihn für einen Juden hielt. Hinter ihm steht ein Kerl mit einer MP, die ihn bald töten wird.

„Was ist Sterben?“, fragt ein türkischer Junge. Er fragt oft solche Dinge. Er macht Böhnisch ein wenig Sorgen. Fehlt häufig, ist nicht bei der Sache. Ob zu Hause alles in Ordnung ist? Kinder gibt es bei ihm nie ohne das Draußen. Nie ohne Väter, die abgehauen sind. Nie ohne Mütter, die sich aufreiben, um ihre Kinder durchzubringen.

Manchmal gibt es Eltern, die zu ihm sagen: Übernimm mein Kind, weil wir beide keine Zeit haben und arbeiten, um über die Runden zu kommen. Das geht ihm zu weit. Schule dürfe nie aus dem Gleichgewicht geraten, sagt er. Das Gespenst Corona wird noch lange über die Pulte schweben. Es hat die Seelen der Kinder erschreckt.

Aber jetzt alle mal Fratzen ziehen. Wie der Mörder vom jungen Böhnisch. Gestik ist das Thema, wie geht Ekel, Wut, Freude oder Trauer? Wie guckt Musiala, wenn er vorbeischießt? Wie plärrt ein Junge, der kein Eis kriegt? Böhnisch lässt die Klasse in Zeitlupe gehen, ihre Körper einfrieren; sie sollen Gesichter spiegeln, Muskeln zeigen und Grimassen. Apathien lösen, wie Böhnisch das nennt.

Er hat früher selbst „viel Scheiß gebaut“. Geklaute Zigaretten gepafft, Rauchbomben gebastelt und mit Nähnadeln aus Blasrohren geballert. Sein Vater war auch Lehrer, streng, katholisch.

Im Flur hängt ein Boxsack, jeder kann draufdreschen. Wenn er glaubt, es nötig zu haben. Immer noch besser, sagt Böhnisch, als auf die Nase eines Mitschülers. Er nennt das Räume schaffen. Fürs Denken, gegen Ängste, Platz für Selbstbewusstsein und Lust am Lernen. Holt Schauspieler in den Unterricht, Sozialarbeiter, Kampfsportler, Schriftsteller oder Psychologen. Bildung soll Fenster öffnen und den Mief des Paukens vertreiben.

Dabei redet sich Böhnisch fast in einen heiligen Zorn, wenn er über den Stellenwert von Kindern in der Gesellschaft nachdenkt. Weil er glaubt, dass man sie nicht wichtig nimmt, wenn sie fürs Klima

kämpfen, und sie stattdessen dem Konsum, den Drogen und ihren Handys überlässt.

Seit sieben Jahren ist er Rektor an der Bühl Realschule Dornstadt, in der Nähe von Ulm. In einem freundlichen, hellen Kasten, der täglich 530 Kinder aufnimmt. Achte auf die Gefühle der anderen, steht auf einem Plakat an der Tür; woanders wird Respekt, Ordnung und Höflichkeit gefordert. Und stell dich irgendwohin, in den nächsten zehn Minuten kommt Martin Böhnisch vorbei. Er versteckt sich nie im Büro, ist überall und nirgends.

Er begreift Bildung als Menschenrecht.

Um Kindern zu helfen, ihre Persönlichkeit zu entfalten. Er weiß noch, dass er vor 24 Jahren auf die Verfassung geschworen hat, seine Arbeit nach bestem Wissen zu verrichten und die Gerechtigkeit einzuhalten. So wahr ihm Gott helfe? Hat er eher mit Humor genommen.

Gott hilft ja auch nicht immer. Seit dem Austritt aus der katholischen Kirche darf er keine Theologie mehr unterrichten. Geblieben sind Deutsch und Biologie, zehn Stunden die Woche, vier mehr, als es seine Pflicht als Schulleiter wäre.

Er braucht das, sagt er, bei all der vielen Büroarbeit.

„Schule ist Menschen für Menschen“, sagt er. Bildung muss Lösungen finden, darf keine Schubladen ziehen. Bildung lässt Kinder vielleicht seltener über das Stöckchen der AfD bei TikTok springen.

Gerade erst hat der Schulsprecher eine Umfrage gestartet. Wen würdet ihr wählen, wenn ihr dürft? Er heißt Luka Wald, ist 15 Jahre alt und steht auf einem Rasen, der betreten werden darf. Das Wahlergebnis macht ihn ratlos: 16 Prozent AfD. Er hofft, dass es ein Scherz war. Es passt so gar nicht zu der Schule. Er muss los, die Glocke läutet.

Gegen neun trifft sich Martin Böhnisch mit Konrektor Stephan Bäuerle. Ohne ihn gehe nichts, sagt Böhnisch, weil er auf seine ruhige, fachgerechte Art dafür sorgt, dass sie im Sprudel ihrer Ideen auf dem Boden bleiben, was das Geld angeht.

Sie sitzen an einem runden Tisch, trinken Wasser und reden über Fehlstunden ihrer Schwänzer und quereinsteigende Kollegen, denen die Schulbehörde trotz Fachkräftemangels nur Einjahresverträge gibt. Sie müssen Hürden wie das Referendariat

„Bildung ist ein Menschenrecht. Und Schule ist Menschen für Menschen.“

nicht nehmen und werden dringend gebraucht. Bei Menschen, die Flüchtlingskindern die ersten deutschen Worte beibringen, wird gespart. Während Staatssekretäre, Minister und Wissenschaftler in der Lehrerausbildung kaum was verbessern, und bei ihnen wird nichts gekürzt.

Kinder brauchen mehr Lobby, sagen die beiden. Oft geht es um Zahlen. Ihre Realschule ist eine von ungefähr 1.700 in Deutschland, das sind 500 weniger als vor zehn Jahren; bei 8,8 Millionen Schülern insgesamt gehen nur noch knapp 770.000 Jungen und Mädchen diesen Weg zur mittleren Reife.

Martin Böhnisch glaubt, dass es an dem Aufkommen von Gesamtschulen liegen könnte. Außerdem ist die Realschule eine schwierige Schnittstelle. Weil sie für schlechte Schüler zu schwer und für gute Schüler zu leicht sein kann. Es geht sogar so weit, dass man sie nach der sechsten Klasse in Bildungsstufen einteilt. G steht für *grundlegend* und entspricht dem Hauptschulabschluss, M heißt *mittel* für die Realschule, E bedeutet *erweitert* und darf aufs Gymnasium. Böhnisch lehnt das Etikettieren seiner Schüler ab.

Er hastet in einen anderen Raum. Dort warten ein paar Kinder, die nicht richtig lesen und schreiben können. Er fragt, wie es ihnen geht. „Heiß, langweilig, keine Lust“, sagen sie. Sagen sie oft, kennt er schon. Später klatschen sie sich zu zweisilbigen Wörtern wie Keller, Wasser und Butter rhythmisch auf die Oberschenkel. Es klingt, als könnte Trotz singen.

Dann geht er zu einem Gespräch mit einer Mutter und ihrem Sohn. Der Junge wirkt bullig, stützt verlegen sein Gesicht auf die Hände. Es gab auf einer Klassenfahrt nach Irland heftigen Streit. Schwitzkasten, Sprüche, Kopfnüsse, wie häufig in dem Alter.

„Der Ire hat angefangen“, sagt der Schüler, der wollte Stress, habe ihn beleidigt; und Böhnisch versucht ihm jetzt zu erklären, wie es sich biologisch mit Frontallappen und limbischem System in der Pubertät verhält und zu Impulskontrollstörungen kommen kann. Das Gehirn als hormonelle Großbaustelle. Du musst dich besser im Griff haben, sagt er. Bei solchen Gesprächen erkennt er sich oft als junger Schüler wieder.

Er war ein wildes, kluges Kind, das früh aneckte, ein Zappelphilipp, lange bevor man ADHS mit Ritalin betäubte. Nach der fünften Klasse wurde er auf eine katholische Privatschule geschickt. Bei je-



Henni (o.) ist Autist, er lebt in einer stillen Welt. Er kriegt ein gutes Zeugnis, die Schule hat er mit links geschafft. Martin Böhnisch freut sich, wie Inklusion klappt. Er kriegt sie alle, beim Jubeln (M.), Trauern oder Fratzenschneiden – und nennt das „Apathien lösen“. Keiner wird alleingelassen, schon gar nicht bei Mathe. Das Mädchen (u.) kann sich auf die Hilfe von Frau Weber verlassen.



Gefühle zeigen und Lust spüren beim Lernen. Martin Böhnisch will Räume schaffen zur Entfaltung von Persönlichkeit. Neue Wege gehen, damit Schule mehr Selbstbewusstsein zeigt. Abhaken und weiter? Nicht mit ihm.

dem Fehler musste er ein *Vaterunser* beten, anderen stach der Pater mit einem Zirkel in die Arme.

Martin Böhnisch war lange entgleist, aber er fand wieder in die Spur. Traf auf Menschen, die an ihn glaubten. Und er an sie, wie jetzt bei den Schülern. Ein Priester zeigte ihm, dass Natur auch Gott ist. Ein Professor bewies, wie sich alles erklären lässt. Seitdem liebt er die Philosophie, die Macht der Bildung und die Kunst der Sprache; es hat ihn versöhnlich und ruhig gemacht. Wenn es ihm zu viel wird, greift er zur Gitarre.

Er schrieb eine Doktorarbeit über die Fähigkeit des Argumentierens, seine Frau Katja ist Lehrerin an sozialen Brennpunkten. Tochter Hanna hat ihn mit knapp 50 zum glücklichen Opa gemacht. Sohn

Emil schmiss die Schule und wurde Maurer. Böhnisch findet es inzwischen gut. Der einzige Maurer, der Latein kann, sagt er.

Es geht zum letzten Treffen für heute. Er freut sich den ganzen Tag drauf. Henni Melter schmiegt sich an die Schulter seiner Mutter, er wartet auf sein Abschlusszeugnis. „Es ist gut“, sagt Böhnisch, während er den Raum betritt. „Ich weiß“, sagt Henni. Könnte aber besser sein, wenn er mal mehr lernen würde. Statt ständig im Fußballalbum rumzustöbern. Oder ab drei Uhr nachts Lieder von Udo Jürgens zu singen. Henni ist Autist, er ist am liebsten bei sich in seiner kleinen, stillen Welt.

Die Schule hat er mit links geschafft. Jetzt weiß er nicht, Bäcker oder so. Fußballprofi hat er jeden-



Schule sollte immer eine gute Mischung aus Fürsorge und Mitbestimmung finden. Die Pause auf dem Fußballplatz wird selbst organisiert, fast wie das Lächeln für den Fotografen Uli Reinhardt. Der war selbst mal Mathelehrer am Gymnasium.

falls aufgegeben. Er spielt in der *Bananenflankenliga* mit anderen Kindern, die beeinträchtigt sind. „Du hast das

Abi drauf“, sagt Böhnisch. Er ist stolz, wie Inklusion an seiner Schule klappt.

Neben ihm sitzt eine Frau, die Henni täglich in die Schule begleitet hat. Sie gehört fast zur Familie, wird vom Amt bezahlt. Hennis Mutter ist Vorsitzende des Elternbeirats, sie musste die Arbeit in der Kita für ihren Sohn aufgeben. Schläft nie mehr als vier Stunden, der Vater ist weg. „Wir kriegen das hin“, sagt sie tapfer.

Böhnisch lächelt. Jetzt noch Papierkram, eine Sitzung, Mails, Telefonate. Dann war's das, reicht auch.

Am nächsten Morgen liegt ein kaputter Stuhl auf dem Rasen. Er wurde vor Wut von einem Schüler aus dem Fenster geworfen.

Sieht so aus, als habe der Frontallappen wieder zugeschlagen. ■

Im letzten Jahr wurden knapp 8,8 Millionen Schüler an 32.600 allgemeinbildenden Schulen von 820.350 Lehrkräften unterrichtet; der Bildungsetat betrug dabei 22,3 Milliarden Euro, zum Vergleich dazu wurden im Zeichen des Ukrainekrieges fast 52 Milliarden Euro in die Rüstung und Verteidigung gesteckt, wobei zusätzlich 20 Milliarden aus dem Sondervermögen für die Bundeswehr stammen. Bei der neuesten PISA-Studie schneiden deutsche Schüler in Mathematik und beim Lesen so schlecht ab wie nie zuvor. Sie liegen auf Platz 25 von insgesamt 80 untersuchten Ländern und damit weit hinter den Spitzenreitern Singapur, Japan, Südkorea sowie den europäischen Nachbarländern Schweiz und Niederlande. Dabei werden für jeden Schüler bis zu 10.900 Euro pro Jahr an integrierten Gesamtschulen ausgegeben, an beruflichen Schulen fällt die jährliche Pro-Kopf-Ausgabe mit 3.900 Euro geringer aus. Wichtige Arbeitgeberverbände sehen daher den Grund fürs schlechte Abschneiden nicht in den zu geringen Bildungsausgaben, da Deutschland fast doppelt so viel wie der OECD-Schnitt ausgibt. Sie fordern eine Bildungsreform.

DIE WIEDEKING STIFTUNG

steht für drei namensgleiche Stiftungen in Stuttgart, Bietigheim-Bissingen und Beckum, die von den Stiftern Ruth und Wendelin Wiedeking gemeinsam mit weiteren ehrenamtlichen Vorständen und Kuratoriumsmitgliedern geführt werden. Das Stiftungsvermögen beträgt insgesamt 40 Millionen Euro. Für gemeinnützige Projekte in den Bereichen Soziales, Kultur und Wissenschaft werden jährlich – je nach Antrags- und Ertragslage – zwischen 200.000 Euro und 500.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Gefördert werden Einrichtungen wie beispielsweise **Horizont**, die wohnungslosen Müttern und deren Kindern in München ein sicheres Zuhause bietet. Die Stiftung **Kinderland Baden-Württemberg** wird für ihr Vorhaben, Feinmotorik und handwerkliche Fähigkeiten von Kindern zu verbessern, von der Wiedeking-Stiftung großzügig bedacht. Anlaufstellen für obdachlose Jugendliche, für Straßenkinder oder Familien in Krisensituationen werden genauso unterstützt wie das Festival **Leipzig zeigt Courage**, das **Deutsche Literaturarchiv in Marbach** oder Maßnahmen zur frühmusikalischen Erziehung und zur Sprachförderung von Kindern.

DIE WIEDEKING-STIFTUNG STEHT FÜR DIE FÖRDERUNG
VON RELEVANTEN, UNTERSTÜTZUNGSWÜRDIGEN GEMEINNÜTZIGEN
PROJEKTEN IN DEN BEREICHEN

Soziales, Kultur und Wissenschaft

Erläuterungen und Hinweise zur Antragstellung finden sich auf der Website:

www.diewiedekingstiftung.de



„Demokratie braucht Vertrauen“

Sogenannte Bürgerräte haben in Irland, Frankreich und Ostbelgien Gesetze über Abtreibung, Klimaschutz oder das Gesundheitswesen geprägt. Dominik Hierlemann ist Senior Advisor bei der Bertelsmann Stiftung und hat zahlreiche Bürgerbeteiligungsprojekte in Deutschland und der EU konzipiert und organisiert.

INTERVIEW **USCHI ENTENMANN UND TILMAN WÖRTZ**

Sind Bürgerräte gut für die Demokratie?

Das Vertrauen in etablierte politische Institutionen und Parteien lässt nach. Viele Debatten werden polarisiert geführt. Deshalb sind neue Gesprächsräume wichtiger denn je, wo Menschen mit ganz unterschiedlichen politischen Ansichten und diversem Hintergrund zusammenkommen. Junge und Ältere, eine Professorin genauso wie ein Malermeister oder eine Fachangestellte in der Bäckerei. Genau dieses Miteinander macht ja den Reiz der Demokratie aus. Bürgerräte stellen so einen Raum. Dort diskutieren und arbeiten Bürgerinnen und Bürger miteinander und versuchen, auf schwierige politische Fragen gemeinsam Antworten zu finden.

Wäre der richtige Begriff nicht „Bürgerinnen- und Bürgerräte“? Schließlich werden die Teilnehmenden per Zufall ausgewählt, wodurch Menschen jeden Geschlechts eine Chance auf Repräsentation haben. Das Thema „Gendern“ wäre in so einem Rat hervorragend aufgehoben! Wie im-

mer der dann im Anschluss an die Beratung genau heißen würde. Wieso sollten wir das Thema Gendern dem parteipolitischen Streit überlassen?

Bleiben wir mal vorerst bei dem Begriff. Wie funktioniert ein Bürgerrat?

Irland ist ein gutes Beispiel. Dort wurden zwei politisch festgefahrene Themen über einen Bürgerrat gelöst: die Regelung zur gleichgeschlechtlichen Ehe und die Reform des Abtreibungsrechts. Die Parteien stritten sich jahrelang über die Verfassungs-Artikel. Dann führten sie einen Bürgerrat ein. Das Grundprinzip ist simpel: Jede Bürgerin, jeder Bürger im Land hat theoretisch die Möglichkeit zur Teilnahme. Es wurden 99 von ihnen zufällig über die Melderegister ausgewählt und gefragt: Hast du Lust mitzumachen? Nach diesem Prinzip ergibt sich eine gemischte Gruppe, die über mehrere Wochen zusammenarbeitet, Expertinnen und Experten anhört, Betroffene einlädt. Die Bürgerinnen und Bürger konnten sich zuerst eine fundierte Meinung bilden, dann Vor-

schläge erarbeiten und abstimmen. Am Ende waren nicht alle einer Meinung. Aber selbst diejenigen, die diesem Vorschlag nicht zugestimmt haben, trugen den Beschluss mit. Der Bürgerrat empfahl dem Parlament eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts. Dann gab es ein Referendum und schließlich eine Änderung der Verfassung. Auch bei der gesetzlichen Regelung zur gleichgeschlechtlichen Ehe folgte das Parlament den Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger und ließ in einem Referendum den entsprechenden Verfassungsartikel liberalisieren. Das Tolle an diesem Prozess: Alte und neue Institutionen der Demokratie arbeiten miteinander. So sind politische Veränderungen mit Unterstützung der Menschen möglich.

Welche Faktoren sind wichtig für erfolgreiche Bürgerräte?

Je konkreter das Thema, desto besser. Was die Bürgerräte beraten und beschließen, muss dem Rest der Bevölkerung offen kommuniziert werden – beispielsweise waren in Frankreich die Beratungen des Bürger-Klimarates als Videomitschnitt auf dessen Online-Plattform zugänglich. Bei den Bürgerräten dürfen keine falschen Erwartungen geweckt werden. Sie müssen wissen, dass ihre Empfehlungen nicht automatisch direkt umgesetzt werden. Aber nur wer beteiligt wird, hat das Gefühl, dass er mitentscheidet. Viele Menschen fühlen sich heute ohnmächtig angesichts der politischen Entwicklungen. Dem wirken Bürgerräte entgegen.

Gibt es Bürgerräte in Deutschland?

Baden-Württemberg spielt eine Vorreiterrolle, beispielsweise mit einem Bürgerrat, der die Rückkehr zu G9 fürs Abitur empfohlen hat. Die Landesregierung hat dies dann übernommen. Auf Bundesebene gab es jetzt den ersten offiziell vom Bundestag einberufenen Bürgerrat zum Thema „Zukunft der Ernährung“. Das war ein erfolgreiches Projekt mit konkreten Vorschlägen wie zum Beispiel der Forderung nach kostenlosen und gesunden Mittagessen in Kindergärten und Schulen.

Aber es gibt noch keinen Beschluss im Bundestag, oder?

Der Bürgerrat hat seine Ergebnisse im Februar an Bundestagspräsidentin Bärbel Bas überreicht. Derzeit setzen sich der Fachausschuss für Ernährung des Bundestags und das Ministerium für Ernäh-

rung und Landwirtschaft damit auseinander. Der Bundestag wiederum diskutiert bereits die Einrichtung weiterer Bürgerräte. Die große Frage ist, wie sie institutionalisiert werden, also zu einer festen Einrichtung werden können. Das Vertrauen wächst mit der Zeit. In Irland beispielsweise antwortet mittlerweile jeder siebte Bürger positiv auf die Frage, ob er oder sie an einem Bürgerrat teilnehmen will. Anfangs war es weniger als jeder 20.

Sind Bürgerräte nicht ein Ausdruck von Misstrauen gegen Berufspolitikern und das Parlament?

Manche Politikerinnen und Politiker missverstehen Bürgerräte tatsächlich so. Es gibt immer noch zu viele Ängste. Aber

es stärkt Politik und Parlamente als Ganzes, wenn das Vertrauen in die Demokratie erhöht wird. Wir müssen möglichst viele Kanäle der Beteiligung anbieten und offener sein. Bürgerräte, Parlamente und Referenden können sich ergänzen.

Gibt es so komplexe Fragen, dass sie nur von Berufspolitikern in Ausschüssen über lange Zeit bearbeitet werden können?

Die Ergebnisse eines Bürgerrats müssen nicht eins zu eins übernommen werden. Sie können auch einen Lösungskorridor vorgeben, der dann von der Politik konkretisiert wird. Dieser Lösungskorridor hat mehr Substanz als eine schnelle Umfrage – denn die Bürgerräte arbeiten sich

tief ins Thema ein und liefern der Politik Orientierung. Am Ende aber entscheiden das Parlament, die Regierung oder eben wiederum das Volk per Referendum.

Was ist eigentlich die Grundidee unserer Demokratie?

Barack Obama hat mal gesagt, Wahlen allein machen noch keine Demokratie. Demokratie ist eine Form des selbstbestimmten und solidarischen Zusammenlebens, basierend auf Werten wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Dieses Zusammenleben muss organisiert werden und braucht die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Je intensiver sie eingebunden sind, desto höher das Vertrauen in die Demokratie. ■

Berühmte Bürgerräte

MEHR INFORMATIONEN:

→ www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/new-democracy
→ www.buergerrat.de

Irland

Thema: Soll der 8. Zusatzartikel der irischen Verfassung geändert werden, der Abtreibungen kategorisch verbietet?
Zahl der Räte: 99; nach Zufallsprinzip ausgewählt
Zeitraum: 2016 bis 2018
Sitzungen: 12 Wochenenden; per Livestream für die gesamte Bevölkerung nachvollziehbar; keine Aufwandsentschädigung für Teilnehmende, Reisekosten werden bezahlt
Ergebnisse: Rat empfiehlt Parlament Verfassungsänderung; Parlament beschließt Referendum; 66,4 Prozent der Iren stimmen im Mai 2018 per Referendum für die Liberalisierung des Verfassungsartikels.

Frankreich

Thema: Wie können die Treibhausgasemissionen unter Einhaltung der sozialen Gerechtigkeit bis 2040 um mindestens 35 Prozent reduziert werden?
Zahl der Räte: 150; nach Zufallsprinzip ausgewählt
Zeitraum: Oktober 2019 bis Juni 2020
Sitzungen: 7 Sitzungen in Präsenz, 1 Online-Sitzung, 100 Webinare von Subgruppen zur Beratung mit Expertinnen und Betroffenen
Ergebnisse: 146 von 149 Vorschlägen wurden von Präsident Emmanuel Macron angenommen. Wie genau sie umgesetzt werden, muss nun per Referendum vom Volk, Parlamentsbeschluss oder durch weitere Regierungsdokumente beschlossen werden.

Einige Vorschläge wurden bereits als Gesetz von der Assemblée Nationale umgesetzt, zum Beispiel eine Prämie beim Kauf von E-Bikes und das Verbot von manchen Kurzstreckenflügen. Die Einrichtung von zwei Naturschutzgebieten hat die Regierung per Verordnung bestimmt. Andere Vorschläge möchte Präsident Macron zwar umsetzen – doch stehen die Beschlüsse noch aus, darunter die Senkung des Tempolimits von 130 auf 110 km/h; verpflichtende energetische Gebäudesanierung bis 2040 oder eine Steuer auf Kenosin. Den Kampf gegen den Klimawandel in die französische Verfassung zu integrieren, ist am Widerstand des Senats gescheitert.

Ostbelgien

(Gebiet der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens)

Themen: Verbesserung der Gesundheitsvorsorge; inklusive Schulbildung; erschwinger Wohnraum. Der Bürgerrat entscheidet selbst, welches Thema in einer „Bürgerversammlung“ beraten wird und welche Handlungsempfehlungen dem Parlament anschließend weitergegeben werden.
Zahl der Räte (Bürgerversammlung): 25 bis 50 Bürgerinnen und Bürger; nach Zufallsprinzip ausgewählt
Zeitraum: Die Bürgerräte sind eine ständige Einrichtung. Erste Sitzung war im September 2019
Sitzungen: ein- bis dreimal im Jahr; Parlament muss anschließend in mindestens drei Sitzungen über Empfehlungen debattieren; Bürgerrat verfolgt Umsetzung
Ergebnisse: Im Fall des Gesundheitssektors: Maßnahmen, um junge Menschen für Ausbildung im Gesundheitsbereich zu begeistern; IT-Lösungen senken den Verwaltungsaufwand beim Einsatz von Pflegekräften; interne und externe Bewertungen von Pflegeleistungen.

Foto: Thomas Kunsch/Bertelsmann Stiftung

So funktioniert unsere Republik



(1) *Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.*

Die BRD funktioniert nach fünf Prinzipien. Sie sind in Artikel 20 des Grundgesetzes zusammengefasst und in anderen Grundgesetz-Artikeln ausformuliert:

Republik

Eine Staatsform, in der das Staatsoberhaupt gewählt und nicht durch Erbfolge bestimmt wird wie in einer Monarchie. Republik leitet sich vom Lateinischen res publica ab, was „öffentliche Sache“ bedeutet und oft als „Gemeinwesen“ übersetzt wird.

Demokratie

Das Volk wählt VertreterInnen. Sie repräsentieren das Volk im Parlament. Und sie wählen und kontrollieren die Regierung.

Sozialstaat

Die Bundesrepublik ist ein „sozialer Staat“ und kann in die Wirtschaft eingreifen. Art und Umfang der Eingriffe werden von der Politik festgelegt.

Bundesstaat

Deutschland ist ein Bundesstaat, der aus einem Gesamtstaat (Bund) und 16 Gliedstaaten (Länder) besteht. Sowohl der Bund als auch die Länder haben eigene Staatsgewalt und können Gesetze erlassen.

Rechtsstaat

Das Parlament beschließt Gesetze im Namen des Volkes, Regierung und Verwaltung sind in ihrem Handeln strikt an die Gesetze gebunden, Gerichte überwachen ihre Einhaltung. Das wichtigste Gesetz ist die Verfassung. Die deutsche Verfassung heißt „Grundgesetz“. Kein anderes Gesetz darf gegen das Grundgesetz verstoßen.

„Demokratie ist eine sehr gute oder ziemlich gute Regierungsform.“

96,3%
stimmen zu.

„Ich habe viel oder sehr viel Vertrauen in die Justiz.“

72,3%
stimmen zu.

„Verglichen mit meinen Eltern geht es mir wirtschaftlich besser.“

59,9%
stimmen zu.

„Sicherheit ist wichtiger als Freiheit.“

53,4%
stimmen zu.

Der World Value Survey erhebt alle fünf Jahre, welche politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Werte Menschen in 120 Ländern der Welt wichtig sind. Hier sind die Ergebnisse aus der letzten Befragung in Deutschland für den Zeitraum 2017 bis 2022.

→ www.worldvaluessurvey.org/WVSDocumentationWV7.jsp



Der gebürtige Hamburger Rolf Ahrlich, 52, kennt die Sorgen, Nöte und Wünsche von Jugendlichen sehr genau. Denn er befragt und beobachtet sie seit vielen Jahren.

Vereine als Werkstätten der Demokratie

Professor Rolf Ahrlich ist Dozent an der Evangelischen Hochschule in Ludwigsburg und forscht über Demokratiebildung für Kinder und Jugendliche.

Es gibt 620.000 Vereine in Deutschland, in denen Menschen kicken, turnen oder auch musizieren.

Diese Vereine haben mehr als 50 Millionen Mitglieder. Was oft unterschätzt wird, ist das Potenzial, das sie besitzen. Das möchte ich bewusst machen, damit sie es als Werkstätte der Demokratie nutzen können. Sie betiteln sich ja schon lange so.

Aber wie können Jugendliche diese Werkstätte nutzen? Sie sind ja nicht einmal wahlberechtigt.

In ihrem Bereich schon, denn sie wählen ihren Vorstand, ihre Abteilungsleitung, ihren Sprecher, das ist praktizierte Demokratie als Lebensform unter Gleichberechtigten. Sie diskutieren und entscheiden auch demokratisch miteinander, wo das nächste Trainingslager stattfindet, was mit der Mannschaftskasse passiert oder welche Auswechselspieler

auf der Bank sitzen. Sie müssen das nur reflektieren. Der Erste, der dieses Potenzial beschrieb, war Alexis de Tocqueville, ein französischer Gelehrter, der Anfang des 19. Jahrhunderts das blühende Vereinswesen in den USA pries, in dem unterschiedliche Meinungen, Positionen und Lebensrealitäten zusammenkamen.

Sind denn diese Vorbilder von damals und aus einem fernen Land auf deutsche Verhältnisse von heute übertragbar?

Ja natürlich. Der deutsche Philosoph Jürgen Habermas sieht mehrere sich überlagernde, auch widerstreitende Öffentlichkeiten, die Themen nach oben spülen und damit in politisches Handeln übersetzen. Habermas meint damit Vereine, Kirchen, Gewerkschaften, all diese Verbände, die die Zivilgesellschaft bilden.

Klingt anspruchsvoll, aber wenn jemand im Fußballverein ist,

möchte er vielleicht nur Fußball spielen...

Jeder Mensch hat das Bedürfnis mitzubestimmen. Wer Mitglied ist, dem ist nicht egal, was im Verein oder in der Bürgerinitiative passiert. Es ist eine bewusste Entscheidung, sich mit Gleichgesinnten zu treffen. Das betrifft auch Kinder und Jugendliche. Wir haben festgestellt: Wenn sie sich schon früh im Verein engagieren, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sie es auch in Schule, Uni oder in Jugendorganisationen tun.

Sind Jugendliche zufrieden mit unserer Demokratie?

Aus den breit angelegten Jugendstudien wissen wir, dass sie sich darin nicht groß von Erwachsenen unterscheiden. Ihre Zufriedenheit ist niedrig und sinkt weiter. Es hat immer damit zu tun, wie sehr ich beteiligt bin.

Wie könnte das denn besser eingelöst werden?

Kinder und Jugendliche sollen mitgestalten können und Rechte haben. Es ist gesetzlich in der UN-Kinderrechtskonvention geregelt, dass sie die eigene Lebenswelt mitgestalten dürfen. Es muss nur an allen Orten des Aufwachsens umgesetzt werden.

Wie sehen Sie das Problem, dass unsere Jugendlichen zunehmend mit Populisten sympathisieren?

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine der großen Aufgaben, die wir vor uns haben. Wir brauchen mehr politische Bildung, aber durch alle Altersgruppen. Ich schaue mit hoher Wachsamkeit in die Zukunft. Mit Zuversicht schon auch. Ich glaube, dass die Demokratie bei uns nach wie vor relativ stabil ist. Aber wir müssen dafür was tun. ■

Foto: Andy Reiner



Die und wir

Klar darf man sich über Politiker mal beömmeln. Man kann sie auch scharf kritisieren. Aber irgendwann wurde es schick, sie mit Verachtung und Hass zu überziehen. Warum? Wir müssen die Regierenden ja nicht gleich lieben. Aber ein bisschen Respekt wäre ganz schön.

TEXT **ULRIKE POSCHE**

Eigentlich ist hier im Herbst Ruhe. Der Elbstrand ist leer, keine Ferrari-Cruiser auf dem Strandweg, die Fischbuden nur noch am Wochenende geöffnet. Ende Oktober wird Hamburg-Blankenese in der Regel zu Nix-los-Hausen.

So gesehen war es natürlich toll, als im vergangenen Jahr die Meldung kam, dass Bundeskanzler Olaf Scholz und der französische Präsident Emmanuel Macron auf dem Bootsanleger Fischbrötchen essen wollten. Sogar die Frauen sollten dabei sein, Britta und Brigitte.

Ich habe schon als Kind im Rheinland Fähnchen geschwenkt, etwa als Queen Elizabeth uns besuchte. Und auch bei John F. Kennedy stand ich als Dreijährige an der Hand meines Vaters winkend am Straßenrand. Als Journalistin habe ich dann bei Staatsbesuchen nicht mehr oft gewunken, nur beobachtet. Beispielsweise, wie Helmut Kohl von chinesischen Schulkindern gefeiert wurde. „Ei, wo kommt'er denn her?“, fragte er dann in seinem schönen pfälzischen Singsang, und „Seid'er mit'm Puss da?“ Auch Kanzler Schröder wurde stets euphorisch emp-

fangen. Zumindest am Anfang. Bei Angela Merkel sind die Leute schier ausgeflippt, wenn sie wo auftauchte, „Angie, Angie!“. Später dann gab es welche, die wollten sie hängen. So verrohten die Zeiten.

An jenem Oktober-Dienstag nahm ich den Hund an die Leine und spazierte zum nahegelegenen Ponton, auf dem Kameralente und Fotografen sich bereits aufgebaut hatten. Etwas weiter entfernt sollte die Kanzler-Kolonie halten, die Paare wollten fotogen den Uferweg entlangschlendern. Das Wetter eher nordisch, die Frisuren gefährdet. Ein paar Einheimische warteten in Moncler-Anoraks und Barbour-Jacken auf die Staatsgäste. Sie waren sich schnell einig darin, dass „der Olaf“ für Deutschland „nix bringt“ und der Franzose „ein Schnacker“ sei. Überhaupt taugten die Politiker alle nichts, Helmut Schmidt einmal ausgenommen. „Der Olaf“ habe ja schon als Erster Bürgermeister versagt, hieß es. Und Brigitte sei mindestens 80 und total geliftet. Es gab keine Fähnchen schwenkenden Kinder, kein Begrüßungsbanner in Blanc-Bleu-Rouge und kaum ein ortsübliches „Moin“, als die vier ausstiegen und freundlich in die Runde nickten. Es

gab lautes Schweigen und neugierige Verachtung. Nur die Fahne des Segelclubs knatterte unbefangen im Wind.

„Der Olaf!“ „Das Mädchen!“ „Das Merkelchen!“ „Unser Baerböckchen!“ Und früher auch „Helmut“, der wegen einer Satire, die sich mir nie richtig erschlossen hat, „Birne“ genannt wurde. Manche sagen das heute noch, wenn sie von Helmut Kohl sprechen. Es ist umgangssprachlich völlig normal geworden, Politiker als Erstes dadurch herabzusetzen, dass man ihre Namen grammatikalisch klein macht, sprachlich verhunzt und respektlos verkürzt, „der Maggus!“. Ist das witzig, Herr Söder? Manchmal. Klingt das niedlich? Selten. Es ist jedenfalls der simpelste Trick, mit dem man sich als Bürger mächtig fühlen kann. Eine Kollegin spricht grundsätzlich vom „Baerböckchen“, wenn sie die Politikerin meint, die mit gerade einmal 40 Jahren Außenministerin wurde, kurz darauf in einen Krieg geriet – rein diplomatisch gesehen, natürlich – und plötzlich vor der grünen Steinwand im Saal der Vereinten Nationen (UN) eine mutige Rede halten musste. Ich sag mal: Die meisten von uns wären zwar nicht aus dem Stand in der Lage, den Job des Kanzlers,

der Außenministerin, des Wirtschafts- oder Finanzministers zu übernehmen, aber wir wissen natürlich alle, wie es besser geht! „Anmaßung von Wissen“ nannte der Ökonom Friedrich August von Hayek das. Viel Hybris für uns und viel Verachtung für die. Für jene, die sich für das Funktionieren unseres Staates die Work-Life-Balance vermässeln, Körperteile aufreißen, die Schuldenbremse und den Gaspreis in Schach halten. Man muss ja Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP nicht mögen, aber ihre Politik unter dem Aspekt „Wenn ich die schon in ihren scheußlichen Hosen sehe!“ zu beurteilen, ist ein bisschen schlicht, finde ich.

Franz „der Münze“ Müntefering, 84, legendär wortmächtiger SPD-Politiker, sagte in einem Radio-Interview auf die Frage, wie Olaf Scholz seine Ampel-Regierung besser führen sollte: „Ich will

nicht zu den Leuten gehören, die keine Ahnung haben, aber viel Meinung.“ Großartig!

Als im Sommer ein weltweiter IT-Unfall Flughäfen ins Chaos zwang und Rechner in die Knie, musste Grünen-Chefin Ricarda Lang im überfüllten ICE von Berlin nach Schwäbisch-Gmünd. Sie absolvierte die Reise auf dem Boden hockend vor der kaputten Zug-Toilette. Ganz ehrlich: Ich würde mich bedanken! Sie aber bedankte sich nett bei dem Typen, der sie dort heimlich fotografiert und das Bild auf Twitter-X gepostet hatte, was wieder für einige Häme und Bodyshaming zu ihren Lasten sorgte. Man darf als Politikerin dann noch nicht einmal zurückschießen. Man muss das ertragen. Auch Ricarda Lang muss man nicht mögen oder gar wählen. Aber man könnte ja mal damit beginnen, sie zu respektieren.

Manche sprechen grundsätzlich von „unserem Baerböckchen“, wenn sie die Außenministerin meinen.

Menschen werden Politiker, weil ihnen das Land wichtig ist. Und manchen liegt es sogar am Herzen. Sie geben dafür den bequemen, den anonymen Teil ihres Lebens auf, auch viel Privates. Und manche essen sogar rohe Heringe.

Als die Paare Scholz und Macron im Oktober aus ihren Autos gestiegen waren und ein wenig unschlüssig und verfroren im Ostwind standen, zog auf einmal mein Hundemädchen an der Leine und rannte schwanzwedelnd auf Monsieur le Président zu. Der smarte Mann lächelte, säuselte etwas auf Französisch und streichelte ihren blonden Kopf. Wir waren umgehend schockverliebt. ■



Das sieht hier ganz lustig aus, wie Kanzler Scholz und Frankreichs Präsident Macron mit Matjesbrötchen am Strand von Hamburg Blankenese rumstehen. Aber Arbeit ist das auch. Und die schmeckt nicht jedem.

Illustration: Astrit Vatnika / Foto: picture alliance / Flashpic

IMPRESSUM

Herausgeber Culture Counts Foundation

Chefredaktion Uschi Entenmann
redaktion@mutmagazin.de

Gestaltung und Art Direktion Tom Schneider
tom@onlyfortomorrow.com

Druckvorstufe Dirk Wilde
art@dirk-wilde.com

Autoren Tobias Asmuth, Katharina Elsner, Uschi Entenmann,
Anton Hunger, Kristin Kasten, Ulrike Posche, Jan Rübel,
Michael Schophaus, Markus Wanzeck, Tilman Wörtz

Textchef Erdmann Wingert

Fotografen Stefanie Auer, HP Hösl, Thomas Kunsch,
Rainer Kwitek, Sascha Montag, Christoph Püschner,
Andy Reiner, Uli Reinhardt, Frank Schultze, Thomas Victor

Titelfoto Julian Baumann

Illustrationen Astrit Vatnika

Bildredaktion Christoph Püschner

Schlussredaktion Frauke Meyer, Sigrid Krügel

Berater Anton Hunger

Druck Burda Druck GmbH
Hauptstraße 130, 77652 Offenburg

Auflage 800.000 Exemplare

Anzeigen Uli Kopp, anzeigen@mutmagazin.de

Anschrift Culture Counts Foundation gGmbH
Schafgasse 31, 71384 Weinstadt
redaktion@mutmagazin.de, Telefon 071 51-96 46 0
www.mutmagazin.de

Spendenkonto Culture Counts Foundation gGmbH
Volksbank Stuttgart
IBAN DE83 6009 0100 0349 5120 00, BIC VOBAD333

Medienpartner

SÜDWEST PRESSE

Badische  Zeitung

BIETIGHEIMER ZEITUNG
SACHSENHEIMER ZEITUNG | BÖNNIGHEIMER ZEITUNG

Frankfurter Rundschau

Ibbenbürener Volkszeitung

Elbe-Jeetzel-Zeitung

Mündener Tageblatt

Pforzheimer Zeitung

WAIBLINGER
KREISZEITUNG

Winnender
Zeitung

SCHORNDORFER
NACHRICHTEN

WELZHEIMER
ZEITUNG

 Mündener Zeitung
Aktuell und kernnah

 Mündener Zeitung
Aktuell und kernnah

Gießener Anzeiger

Kreis-Anzeiger Usinger Anzeiger

Hessische/Niedersächsische
Allgemeine
HNA

 HZ
Hersfelder Zeitung

Frankfurter
Neue Presse
Taunus
Zeitung Hochtaunus
Kreisblatt

Gießener Allgemeine
Alsfelder Allgemeine Wetterauer Zeitung

Unterstützer

BurdaDruck

DIE
WIEDEKING
STIFTUNG

Zeitenpiegel
Reportagen

REWE 
GROUP

TEIL IHRER
— WELT.

Als Handels- und Touristikunternehmen sind wir jeden Tag ein Teil Ihrer Welt:
beim Einkauf von Lebensmitteln, Heimwerker:innen- und Gartenbedarf, bei
der Versorgung unterwegs, oder bei Ihrem nächsten Urlaub.

Die Unternehmen der REWE Group bieten Ihnen beste Produkte und innovative
Services, die das Leben leichter und angenehmer machen. Und weil wir eine
Genossenschaft mit über 95-jähriger Tradition sind, wissen wir um unsere
ökologische und soziale Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen.
Nachhaltige Zukunftssicherung ist unser Auftrag.

WWW.REWE-GROUP.COM


REWE nahkauf PENNY.  Lekkerland  toom  BILLA  ADEG  BIPA  Conway  DERTOUR
GROUP



Scannen
und Joe Zip
entdecken

JOE ZIP

100% Merinowolle



100% NATÜRLICH | 100% BIOLOGISCH ABBAUBAR | 100% RECYCLEBAR

Joe Zip. Hergestellt aus 100% extrafeiner Merinowolle – ein natürliches und nachhaltiges Material, das Funktionalität und Eleganz vereint. Stilvoller Stehkragen, schicker Metall-Reißverschluss. Der perfekte Pullover für den Herbst. Erhältlich in einer riesigen Farbauswahl in den Größen S – XXXL.

Bestellen Sie online oder besuchen Sie uns in einem unserer Stores.
Versand und Rücksendungen sind kostenlos (innerhalb der EU).

JOEMERINO.COM
Luxury Merino Wool Essentials for Men